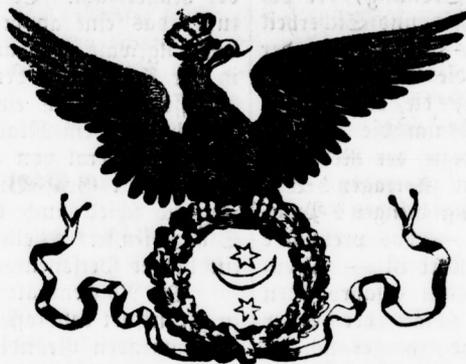


Quartalsjährlicher Abonnements-Preis  
zur Halle und unsere unmittelbaren  
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten überall nur:  
26 1/4 Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von S. Richter,  
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.  
In Magdeburg in der Kreuz-  
schen Buchhandlung, Breite-  
weg No. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 115.

Halle, Sonntag den 20. Mai  
Hierzu eine Beilage.

1849.

## Verzeichniß der

in der Sitzung der Stadtverordneten  
am 21. Mai d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Kammerei-Rechnung pro 1847.
- 2) Rückzahlung mehrerer vom Schauspieldirector Nachtigal  
eingezogener Gelder.
- 3) Prüfung der neuen Gemeindeordnung.

## Deutschland.

**Halle, d. 19. Mai.** Der seit einigen zwanzig Jahren  
auf Wartegeld gesetzte Regierungsrath Grävell, früher in  
Merseburg, ist am 16. Mai zum Präsidenten des deutschen  
Reichsministeriums ernannt worden. Seine Kollegen sind der  
Hannoveraner Detmold für die Justiz, General Fochmus  
für das Auswärtige, der fanatische Freihändler Merck aus  
Hamburg für die Finanzen und Fürst A. Wittgenstein für  
den Krieg. Man glaubt, daß sich das neue Ministerium 24  
Stunden halten werde. Die preussischen Deputirten ha-  
ben gegen die Abberufung Protest eingelegt und  
sind entschlossen, der Abberufung keine Folge zu  
geben.

**Halle, d. 19. Mai.** In dem ersten Aufsatz über die  
preussische Behandlung der deutschen Frage haben wir aus den  
veröffentlichten diplomatischen Aktenstücken nachgewiesen, daß  
Preußen in treuer Wahrung des Zustimmungsvrechtes der Re-  
gierungen die redliche Verständigung mit der Nationalversamm-  
lung als Prinzip geltend machte, während Sachsen, Hannover,  
Württemberg und Baiern die härtesten Ausflüchte suchten, die  
Beschlüsse der Nationalversammlung geradezu zu nichte machten,  
während Oesterreich die Nationalversammlung als mitberech-  
tigten Faktor bei Reform der deutschen Verfassung gar nicht  
einmal anerkannte. Dem preussischen Grundsatz stimmte die  
Nationalversammlung bei, beide gingen Hand in Hand, beide  
trugen einander, beide hatten die dringendste Aufforderung, ein-  
ander zu schonen und zu stützen, von dem gemeinschaftlichen  
Handeln beider hing die Möglichkeit ab, eine Verfassung von  
Dauer für Deutschland zu Stande zu bringen, die Revolution  
auf die friedlichste Weise zu schließen, die Reichsgewalt auf den

Boden des neuen Gesetzes zu stellen und Deutschland den Segen der  
Einheit, der Freiheit, der Gesehlichkeit, der Macht, der Ordnung  
zu verbürgen. Ohne Preußen giebt es kein Deutschland,  
aber ohne Deutschland giebt es eine Großmacht Preu-  
ßen, wohlgeordnet, im Bewußtsein des Volkes fest gegründet,  
eine geachtete, geschichtliche und staatliche Größe, die auf den  
Schlachtfeldern des Geistes und des Schwertes sich die Aner-  
kennung ihrer vollen Legitimität erkämpft hat. Diese Macht  
war oder sollte sein der Archimedes-Punkt für Thätigkeit der  
Nationalversammlung und die Nationalversammlung war oder  
sollte sein das schwere moralische Gewicht in der Waagschale der  
preussischen Politik. In der Verbindung Beider lag das Heil  
für Deutschland, der Friede zwischen Beiden war der Friede  
Deutschlands. Aber die Hoffnung Deutschlands scheiterte. Und  
woran ist sie gescheitert? In dem zweiten Aufsatz sind, soweit  
die Depeschen dies möglich machen, die Ursprünge der divergi-  
renden Richtungen nachgewiesen. Die Verschuldungen fallen  
auf beide Theile gleich, und zuletzt scheiterte jede Verständigung  
an theoretischen Sätzen, an Schulbegriffen, mit denen politische  
Nothwendigkeiten gemessen und beherrscht werden sollten. Die  
deutsche Verfassung scheiterte an dem „hochgesteigerten Umfange  
staatsrechtlicher Nachvollkommenheit“, welche die Nationalver-  
sammlung in Anspruch nahm, an dem unfruchtbaren Begriffe  
der Volkssouveränität, an der Souveränität der Nationalver-  
sammlung und an der Souveränität der Regierungen. Beide  
Souveränitäten traten als Gewalten gegen einander in die  
Schranken, in der Verfassungsfrage verneinten beide einander,  
beide trieben einander von dem gemeinschaftlichen Felde der ge-  
genseitigen Verständigung, der Vermittlung und des redlichen  
Entgegenkommens in die verschanzten Lager der Prinzipien,  
beide kehrten die äußersten Spitzen ihrer Grundsätze gegen ein-  
ander und es stand für Deutschland das Härteste zu befürchten.  
Um die Gefahren zu verstärken, erhob sich in dem Konflikte  
zweier politischen Gewalten jene Partei, deren moralisches Da-  
sein in dem Rechtsgeföhle jedes Vernünftigen längst vernichtet  
ist, jene Partei, die ihre Fäden durch alle legislativen Körper-  
schaften gezogen und sogar im Innern der Paulskirche ihre An-  
knüpfungspunkte hat, jene Partei, deren Künften es gelungen  
ist, ihre Basiliskeneier der Zersekung und Zerstörung sogar in  
die deutsche Verfassung einzuschwärzen, jene Partei, in deren

Augen keine Staatsform als die der rothen Demokratie Gnade findet — diese Partei erhob sich, um unter der Firma der deutschen Konstitution das blutige Banner der Empörung zu schwenken, um auf den Trümmern der staatlichen Ordnung, der politischen, bürgerlichen und persönlichen Freiheit und Sicherheit den Despotismus der socialen Demokratie, das System der Raubsucht aufzupflanzen. Wer wird jetzt die Ehre der deutschen Nation schirmen gegen Verbrecherrotten, die die Verwegenheit aus den Kerker herbeigezogen hat, um die Freiheit zu schaffen, in der That aber um die Despotie der Rebellion von einem Ende Deutschlands bis zum andern zu tragen? Wer wird jetzt das Wort und die That der Rettung bringen? Preußen, nur Preußen und immer nur Preußen — das preussische Volk, das ihr so oft geschmäht — weil es stark ist — Preußen wird und muß seine Pflicht thun! In den gefährvollsten Tagen der Entscheidung über Deutschland schläft der Adler Preußens nicht. Auch diesmal, lange zögernd, hat er sich erhoben zu einem kühnen Flug. Die Proklamation des Königs läßt die Antwort an die Kaiserdeputation in milderer Beleuchtung erscheinen. Doch greifen wir nicht vor, noch sind einige sehr wichtige Dokumente der preussischen Diplomatie nicht mit Stillschweigen zu übergehen. Wie in den frühern Aufsätzen soll es auch jetzt unsere Pflicht sein, die leitenden Gedanken der Depeschen und Aktenstücke wörtlich anzuführen.

Die Entschlüsse, welche die Regierung beim Empfang der Kaiserdeputation und in den Kammern ausgesprochen hatte, waren Anlaß zu einer Verhandlung der Abgeordneten der ersten und zweiten Kammer am 21. April. Der Ministerpräsident Graf von Brandenburg erklärte ablesend: 1) daß die Regierung den in der Note vom 23. Januar vorgezeichneten Weg nicht verlassen habe; 2) daß sie sich durch nichts „abhalten lassen werde, ihre Bestrebungen auf die Bildung eines engeren deutschen Bundesstaates zu richten“; 3) daß die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung „zu ihrer Rechtsgiltigkeit der Annahme der deutschen Regierungen bedürfe; 4) daß die von der Regierung gemachten Erinnerungen, die in der Kollektionnote niedergelegt sind, von der Nationalversammlung größtentheils ganz unberücksichtigt geblieben und außerdem neue Abänderungen in die Verfassung aufgenommen wären, die die Regierung für höchst nachtheilig erachte; 5) daß das Ministerium dieser nachtheiligen Abänderungen wegen dem Könige „die unbedingte Annahme nicht empfehlen könne, vielmehr die **Annahme von einigen Abänderungen abhängig gemacht werden müsse**.“

Die ministerielle Antwort an die zweite Kammer spricht die Vereinbarung nicht aus, weist aber darauf, indem sie beklagt, daß die Nationalversammlung die ihr übergebenen Erinnerungen nicht angenommen, sich Verfassungsbestimmungen nicht habe diktiren lassen. Auf der andern Seite war freilich ein Recht vorhanden, zu erwarten, daß die Nationalversammlung Preußens Wünsche mehr beachtet hätte, selbst dann noch, wenn die Quelle der Erinnerung eine weniger angenehme gewesen wäre, denn was die Nationalversammlung opferte, das brachte sie nicht dem Ministerium Manteuffel, nicht irgend einer Persönlichkeit, sondern dem preussischen Volke, dem preussischen Staate, d. h. dem Staate dar, ohne den es einen lebensfähigen deutschen Bundesstaat nicht geben kann. Ein wahrhaft konstitutionelles Ministerium von tiefer politischer Einsicht hätte aber bedacht, daß die Nationalversammlung aus Parieien besteht, die die Bewegung des Ganzen erschweren und die wichtigsten Beschlüsse oft zufälligen Majoritäten Preis giebt.

Die Hauptsache in der Erklärung ist die Verzögerung einer offenen und entschiedenen Namhaftmachung der Gründe, warum Preußen die Annahme der Verfassung mit der Krone ablehnte.

Alle bisherigen Erklärungen waren unentschieden und suspensiv, keine definitiv, kategorisch. Diese Pflicht der Motivirung erfüllte die Regierung am 28. April, einen vollen Monat nach der Kaiserwahl. Es sind zwei Aktenstücke von demselben Datum, das eine an den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, das andere an die Regierungen. Beide weichen in der Form von den Noten des März bedeutend ab. Ihre Abfassung verräth eine hohe Geschicklichkeit. Graf Arnim war endlich aus dem Ministerium geschieden und der frankfurter Deputirte General von Radowiz war nach Berlin berufen. Nominell leitet Graf Brandenburg das auswärtige Departement. Zugleich schied auch der Bevollmächtigte Camphausen aus dem Staatsdienste. Vielleicht liegt in diesen Thatsachen mehr als ein bloßer Personenwechsel.

Die Note enthält ein definitives Ablehnen „der auf Grund der zu Frankfurt beschlossenen Verfassung dargebotenen Kaiserwürde,“ aus folgenden Gründen: die Regierung habe den Weg der Verständigung nicht verlassen — sie verlangte aber doch im März die Vereinbarung. Sie habe ferner der Nationalversammlung zu dem Entwurf erster Lesung ihre Bedenken zur „Erwägung“ hingeben und gehofft, daß nach deren Berücksichtigung und Aufnahme in die Verfassung der Boden für weitere Verständigung gewonnen worden wäre. Mit der reinen Aufnahme der Regierungsbedenken war also das Werk der Verständigung noch nicht beendet, vielmehr sollte es dann erst beginnen. Es ist nicht gesagt, worauf sich dann die Verständigung weiter eigentlich erstrecken sollte. Die Nationalversammlung habe aber die ihr vorgelegten Erinnerung fast keiner Berücksichtigung gewürdigt, vielmehr sei aus zweiter Lesung eine Verfassung hervorgegangen, die eine Menge neuer Bestimmungen insgesammt gegen das Interesse der einzelnen Regierungsgewalten der Bundesstaaten enthielte. Alsdann bezeichnet die Note die speciellen Mängel der Verfassung. „Die weit gehenden Bestimmungen des ersten Entwurfs über die Befugnisse der Reichsgewalt zum Eingreifen fast in alle innere Verhältnisse der einzelnen Länder, welche eine selbstständige Verwaltung der letztern unmöglich machen und sie mit der Zeit absorbiren würden, sind nicht beseitigt worden. Die in die Verfassung aufgenommenen Grundrechte enthalten einzelne, so tief eingreifende und in mancher Hinsicht noch zweifelhafte Grundsätze, daß es bedenklich scheinen muß, dieselben als für alle Zeiten bindend den einzelnen Staaten aufzudringen. Daneben ist den letztern durch den Wegfall des ganzen Kapitels vom Reichsrath jede Mitwirkung bei der Ausübung einer sie selbst so vielfach nahe berührenden Exekutivgewalt genommen, und dennoch ist dem so isolirt und in scheinbar einziger Machtvollkommenheit hingestellten Reichsoberhaupt durch die Annahme des suspensiven Veto und die Ausdehnung desselben selbst auf Verfassungsänderungen in Wahrheit eine Stelle gegeben, bei der weder die Würde, noch die zum Heile des Ganzen wie der Einzelnen erforderliche Macht gewahrt werden kann. Das konstitutionell monarchische Prinzip, an welchem die große Mehrzahl des deutschen Volkes mit Liebe und Vertrauen fest hält, ist durch diese Stellung in seinem Wesen bedroht; und in Verbindung mit dem **allen Schranken niederwerfenden Wahlgesetz** enthält die ganze Verfassung dadurch einen Charakter, welcher sie nur als das Mittel erscheinen läßt, um allmählich und auf anscheinend legalem Wege die oberste Gewalt zu beseitigen und die **Republik** einzuführen.“

In den Augen derer, die aufrichtig den Bundesstaat wollen, erscheinen diese Gründe vollwichtig, und in der Presse sind sie lange, bevor das Ministerium sie berührte, gründlich bespro-

hen worden. Nur bei denen, welche den Bundesstaat nur zum Vorwand nehmen, hier um die monarchische Nationaleinheit Deutschlands, dort um die eine untheilbare Republik vorzubereiten, werden die Gründe zu leicht befunden werden. Die Note spricht zuletzt noch davon, daß Preußen nicht ablassen werde, zur Gründung eines kräftigen Bundesstaates die Hand zu bieten, daß es zu allen Opfern bereit sei, diesen Zweck zu erreichen — eine stylistische Wendung, die in allen Depeschen und Erklärungen aller Regierungen, sogar der bayerischen und österreichischen, stereotyp geworden ist — und daß die Regierung die Hoffnung hege, die Nationalversammlung werde auf eine abermalige Berathung und Verständigung zurückkommen. Dies sprach die Note aus, obwohl bekannt sein durfte, daß die Nationalversammlung am 11. April durch einen übereilten Beschluß die Schiffe hinter sich verbrannt hatte.

So hatte sich denn die preussische Regierung entschieden ausgesprochen. Die Erklärung kam aber leider, leider zu spät, sie war gut, aber in der bezweckten Hauptsache erfolglos. Die Verfassung war eine Appellation an den Patriotismus, diese Note war eine Appellation an den Patriotismus der Nationalversammlung, und beide Appellationen hatten keine die Sache fördernde Wirkung.

Ziel bedeutungsvoller ist die zweite Note desselben Datums. Sie ist an die Regierungen gerichtet und erklärt, Preußen habe noch einmal versucht, die Nationalversammlung von dem von ihr betretenen Wege zurückzubringen. Preußen hoffte, daß die Verammlung die Hand zu Abänderungen der Verfassung biete, so daß dennoch das Wort der **Vereinbarung** und **Verständigung** mit ihr zu Stande käme.“ Aber selbst an dieser Hoffnung verzweifelnd, werden die anderen Regierungen darauf gewiesen, daß „durch ein starres Festhalten der Verammlung an ihren bisherigen Beschlüssen in manchen Ländern gefährliche Krisen hervorgerufen werden können. Diesen gemeinsam, ernst und kräftig entgegen zu treten, wo möglich aber sie durch ein entschiedenes Handeln und Vorwärtsgen zu verhindern, ist die Aufgabe und Pflicht der Regierungen Deutschlands.“ „Im festen Vertrauen auf die Zustimmung“ des edlern Theiles des Volks ist Preußen darauf gefaßt, „den zerstörenden und revolutionären Bestrebungen nach „allen Seiten hin mit Kraft und Energie entgegen „zu treten“ und will seine „Maßregeln so treffen, „daß den verbündeten Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe rechtzeitig geleistet werden könne.“

Dies schrieb die preussische Regierung an alle ihre Verbündeten und ohne alle Rücksicht auf die Centralgewalt bereits am 28. April, und ihre Intervention in Sachsen, die so großes Geschrei veranlaßte, war nur eine Folge der angenommenen Politik.

Ferner werden die Regierungen eingeladen, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden, welche sich über eine Verfassung des deutschen Bundesstaates zu einigen haben. „Sollte es sich herausstellen, daß jede Hoffnung auf die Mitwirkung der Nationalversammlung in ihrer jetzigen Gestalt aufgegeben werden müßte, so hält die Regierung es nur um so mehr für die Pflicht und die Aufgabe der deutschen Regierungen, dem Bedürfnisse der deutschen Nation bald eine volle und umfassende Befriedigung zu gewähren, indem sie derselben ihrerseits eine Verfassung darbieten, welche dem Begriffe des Bundesstaates entspreche und durch eine **wahrhafte** Vertretung des Volks dem letztern die Gewißheit einer geseligen Mitwirkung erhalte. Der Entwurf einer solchen Verfassung würde die Arbeit der Nationalversammlung wieder aufnehmen und **nur** die in dieselbe durch eine Verknüpfung un-

glücklicher Umstände eingedrungenen zerstörenden Elemente beseitigen; sie wird also jedenfalls auf der Errichtung einer kräftigen und einheitlichen Exekutivgewalt und einer Nationalvertretung in Staaten- und Volkshaus mit **legislativen Rechten** basirt sein müssen.“ Die Verfassung solle dem nächsten Reichstag zur Revision vorgelegt werden. Soweit die Andeutungen über den Gang der preussischen Politik. Die Abberufung der preussischen Deputirten aus Frankfurt und die jüngsten Erlasse bilden einen neuen Einschnitt in der gegenwärtigen Entwicklung, dessen Besprechung einen besondern Auffaß erfordert.

**Berlin, d. 18. Mai.** Die im 16. Stück der Gesessammlung enthaltene Verordnung, betreffend „Die Verlängerung der Zahlungszeit der Wechsel in Elberfeld und Barmen“, lautet:

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen**

verordnen nach dem Antrage Unseres Staats-Ministeriums auf Grund des Artikels 105 der Verfassungs-Urkunde, was folgt:

§. 1. Die Zahlungszeit der Wechsel und anderer Handelspapiere, welche in den Städten Elberfeld und Barmen am 10. d. M. und an den folgenden Tagen bis zum 25. d. M. einschließlich zahlbar waren oder zahlbar werden, wird um 14 Tage verlängert. Es werden demnach Wechsel und andere Handelspapiere, deren Zahlungstag der 10. d. M. war, erst am 25. d. M. fällig, und in gleicher Weise wird der Verfalltag der auf andere Tage des bezeichneten Zeitraumes gestellten Papiere berechnet.

§. 2. Die Zeit der Erhebung des Protestes, die Wechselverzähung und die sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Fristen richten sich nach dem in Gemäßheit des §. 1 zu berechnenden Zahlungstage.

§. 3. Die gegenwärtige Verordnung tritt sofort in Kraft. Sie steht jedoch der Gültigkeit der bis zum 21. d. M. einschließlich geschehenen Protesterhebungen und der sonstigen durch das Wechselrecht bestimmten Handlungen nicht entgegen.

Urkundlich unter Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insegelel.

Gegeben Charlottenburg, den 17. Mai 1849.

(L. S.)

**Friedrich Wilhelm.**

Graf von Brandenburg, von Lauenburg, von Manteuffel, von Strohha, von der Heydt, von Rabe, Simons.

Die Nachricht von Waldeck's Verhaftung bestätigt sich. Er ist wirklich nach der Stadtrvoigtei abgeführt und seine Papiere sind mit Beschlag belegt worden. Natürlich machte das Bekanntwerden dieses Ereignisses große Sensation. Man will wissen, daß Papiere hiesiger Demokraten bei Bakunin und bei Mitgliedern der provisorischen Regierung in Sachsen aufgefunden worden, welche Veranlassung zu dieser Verhaftung gegeben.

**Stettin, d. 16. Mai.** An der Börse liegt Folgendes auf:

„Er, Wohlgeboren benachrichtige ich auf die Eingabe vom 4. d. M., daß des Königs Majestät auf meinen Antrag die Beleihung von Connoissemmenten über die Waaren, die sich unter danischem Embargo befinden oder in den Häfen der Nordsee durch die gestörte Sund-Passage zurückgehalten werden, unter den früher festgestellten Bedingungen, auf die ganze Dauer des Krieges mit Dänemark auszudehnen geruht haben. Die diesferhalb erforderliche nähere Bestimmung wird der dortigen Darlehnskasse durch die Haupt-Verwaltung der Darlehnskasse zugehen. Berlin, den 14. Mai 1849. Der Finanz-Minister, von Rabe.“

**Erier, d. 13. Mai.** Der Regierunqs-Präsident hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

„An die Bürgerschaft zu Erier! Die hiesige Einwohnerschaft hat, fast ohne Ausnahme, in den letzten Zeiten so entschieden die Richtung für Ordnung und Geseligkeit eingehalten, daß man sich der tröstlichen Hoffnung hingeben darf, Erier werde auch die jetzige sehr schwere Zeitkrise überstehen, ohne seinem Kredit und Wohlstande von neuem Wunden zu schlagen. Man scheint es sich klar zu machen, daß Erier nicht der Ort sei, an welchem die große Frage unserer politischen Zukunft ausgefochten werden könne, und daran thut man sehr wohl, denn schon ein Blick auf die geographische Lage der Stadt lehrt, daß nur blinder Unverstand hier von einer gewaltigen Auflehnung gegen die bestehende Ordnung andere Folgen erwarten kann, als solche, welche verderblich auf die Dertlichkeit selbst zurückfallen. Wenn ich gleichwohl Veranlassung genommen habe, dahin Einleitung zu treffen, daß die militairischen Posten in hiesiger Stadt vermehrt und verstärkt, die Gendarmerie verdoppelt und des Patrouillen-

dienst noch lebhafter als bisher, organisiert werde, so geschieht dies lediglich aus Anlaß sehr betrübender Zeiterscheinungen, welche es der öffentlichen Gewalt zur dringenden Pflicht machen, durch Wachsamkeit, Thätigkeit und Energie allenfallsige Veranlassungen zu ersten Verwickelungen im Keime zu ersticken. Es ist denkbar, daß hierbei durch strengere Handhabung der Polizei auf Straßen und öffentlichen Plätzen manche Unbequemlichkeit entsteht; allein ich darf erwarten, daß der einsichtsvollere Theil der Einwohnerschaft hierin ein unabwendbares und zugleich ein verhältnißmäßig unbedeutendes Uebel erkennen wird, im Gegensatz zu dem unberechenbar größeren, wenn Erier durch unzeitige Nachsicht der Polizei blutige Verwickelungen erfahren sollte, wie andere unglückliche Städte. Ich hoffe, die Zeit zu erleben, wo man es mir danken wird, zeitig Ernst gebraucht zu haben, denn, unter Umständen, ist der strenge Weg der schonendste. Erier, den 13. Mai 1849. Der Regierungs-Präsident, Seibald.

**Hamm**, d. 15. Mai. Unsere Stadt gleicht jetzt einem großen Feldlager, indem Truppen aller Waffen hier ankommen, durchziehen und Quartiere nehmen. Nachdem gestern das 1. Bataillon des 24. Infanterie-Regiments von hier auf Werl marschirt, das 2. und 3. aber in der Gegend von Unna stationirt ist, wurde gestern Abend auch das 1. Bataillon (Potsdamsches) des 2. Garde-Landwehr-Regiments mit Hurrah auf dem hiesigen Bahnhofe empfangen und mit der Regiments-Musik des 24. Regiments zur Stadt gebracht. Dieses Bataillon, was erst am vorigen Sonnabend in Potsdam eingekleidet war und sich gleich in mehr als hinlänglicher Zahl gestellt hatte, ist bei seinem Abschiede von des Königs Majestät, dem Prinzen von Preußen und der übrigen Generalität begrüßt worden. Se. Maj. hat dasselbe etwa mit folgenden Worten angeredet: „Soldaten! Ihr geht einer traurigen Pflicht entgegen. Städte und ganze Länderstriche, die Meinem Herzen theuer sind und seit Jahrhunderten der preussischen Monarchie angehören, haben sich gegen Gesetz und Ordnung aufgelehnt. Die gutgesinnten Bürger sind durch Rädelsführer und böswillige Suben verführt und werden von ihnen terrorisirt. Gegen diese schicke Ich Euch; wenn sie Euch mit bewaffneter Hand entgegenreten, schont sie nicht, aber den guten und ruhigen Bürger schützt und beschirmt mit aller Kraft. Ihr seid dazu berufen, dem Gesetze und der Ordnung in diesen unglücklichen Städten wieder Achtung und Ansehen zu verschaffen, und Ich spreche das Vertrauen aus, daß Ihr Euern ehrenvollen Beruf erfüllen und Euern alten Ruhm behaupten werdet!“ — Die Truppen sind alle vom besten Geiste besetzt. Das ganze Korps steht unter dem General v. Hanneke, der sein Hauptquartier in Hamm aufgeschlagen hat. Wie uns mehrere Garde-Landwehrmänner versichern, wird auch Se. k. Hoheit der Prinz von Preußen in einigen Tagen hier eintreffen, um das Ober-Kommando selbst zu übernehmen. Das Gros des Korps marschirt in verschiedenen Richtungen nach Iserlohn, welches ganz eingeschlossen werden soll. Auch Elberfeld wird diesem Schicksale nicht entgehen können. — Heute Morgen hat der Staats-Anwalt, in Begleitung mehrerer Gend'armen und des Kriminal-Direktors, bei einem hiesigen rothen Republikaner Haussuchung gehalten und seine sämtlichen Briefschaften mit Beschlag belegt. (W. M.)

**Düsseldorf**, d. 16. Mai. Heute Mittags sah man unerwartet ein Püket von 20—25 Mann Infanterie, mit Tambour an der Spitze, an drei verschiedenen Ecken Halt machen, und wurde nach einem Trommelwirbel von dem begleitenden Polizei-Beamten nachstehendes Publicandum verlesen:

Die sämtlichen Einwohner der Stadt Düsseldorf, mit Einschluß des St. Sebastians-Schützen-Vereins, werden hierdurch aufgefordert, alle Waffen, (Schuß-, Stroh- und Stichwaffen), welche in ihrem Besitze sind, mit dem Namen des Eigentümers versehen, von heute Mittags 1 Uhr ab, gegen Empfangs-Scheine auf dem Karlsplatz, Schwanenmarkt oder Allee-straße, dem Gymnasium gegenüber, an die Militär-Behörde abzuliefern. Wer bis um drei Uhr heute Nachmittags dieser Aufforderung nicht nachgekommen ist, und wo sich dennoch bei der sofort anzustellenden Haus-suchung Waffen irgend einer Art (als Büchsen, Gewehre, Pistolen, Degen,

Säbel, Stockdegen u. s. w.) vorfinden, verfällt der kriegsrechtlichen Verurteilung. Düsseldorf, d. 16. Mai 1849. Der Commandeur der 14. Division. In Vertretung: Chlebus, General-Major und Brigade-Commandeur.

Es scheint dieser Befehl eine Folge des Aufrufs des Sicherheits-Ausschusses in Elberfeld zu sein, wonach die Elberfelder Waffen und Bewaffnete verlangen. Die Androhung kriegsrechtlicher Verurteilung scheint besonders zur zahlreichen Ablieferung der Waffen beigetragen zu haben; doch zogen es viele Bürger vor, die Waffen nach benachbarten Städten zu Bekannten zu senden. — Die Umgegend von Elberfeld soll sehr von Banden leiden, welche bewaffnet in die Häuser eindringen und Waffen, Geld und besonders Pferde verlangen. Auch soll ein Putsch intendirt gewesen sein, um in Werden die Sträflinge zu befreien, weshalb das Gefangenhäus durch eine von hier abgeschickte Compagnie gesichert wird.

**Köln**, d. 17. Mai, Nachmittags. So eben verbreitet sich hier das Gerücht, daß die Aufstände in Iserlohn und Elberfeld in friedlicher Auflösung begriffen seien und die Wegräumung der Barricaden bereits begonnen habe.

**Köln**, den 17. Mai, Abends 9 Uhr. (Telegr. Depesche des Pr. St.-Anz.) Iserlohn und Elberfeld sind von den Auführern ohne Widerstand geräumt. In Elberfeld haben dieselben noch 6000 Rthlr. erpreßt und sind, angeblich in der Stärke von 600 Bewaffneten, auf dem Wege nach der Pfalz. Köln ist ruhig.

**Aachen**, d. 16. Mai. Gestern ist der Befehl gekommen, eine combinirte Landwehr-Compagnie aus den vier Kreisen Aachen, Eupen, Geilentkirchen und Jülich einzuziehen. Dieselbe ist bestimmt, auf den Zeitraum von vier Wochen zusammenzutreten und die Besatzung der Festung Jülich zu verstärken. Es sollen dazu die abkömmlichsten Leute und namentlich unverheirathete Männer ausgewählt werden. (Aachn. Ztg.)

**Montjoie**, d. 15. Mai. Die Reservisten und Landwehrmänner ersten und zweiten Aufgebots haben am vergangenen Sonntag zu einer näheren Besprechung ihrer Angelegenheiten sich versammelt und sollen sich geeinigt haben, der Einberufungs-Ordre keine Folge zu leisten. Nichts desto weniger sind die Einberufenen heute nach Malmedy zum Schutze des Zeughauses abmarschirt, indem der am Sonntag gefaßte Beschluß lediglich als einer augenblicklichen Aufregung und Ueber-eilung angehörig betrachtet und bezeichnet wurde. (Aachn. Ztg.)

**München**, d. 14. Mai. Die meisten Abgeordneten waren bis gestern Abends hier eingetroffen und besuchten die gewohnten gesellschaftlichen Kreise. Die Pfälzer fehlen sämtlich und werden wohl auch heute nicht eintreffen, — namentlich wenn sich die seit diesen Morgen verbreiteten neuesten Gerüchte über den Fortgang der pfälzischen Bewegung bestätigen sollten, nach denen dort die Dinge bereits über den Bruch hinaus gediehen sein müßten. Es ist begreiflich, daß die Nachrichten von dort nicht geeignet sein können, die ohnehin große Aufregung dahier zu besänftigen. Gleichwohl können wir die Besorgnisse nicht theilen, von denen sich ein großer Theil der Bevölkerung ängstigen läßt. Es wird, wenigstens vorläufig, zu einem Zusammenstoß nicht kommen. Man wird die Kammern hören. Aber wie wird sich die Abgeordnetenkammer über die allernächste, sie selbst in nicht weniger als in sechszehn Mitgliedern berührende pfälzische Frage schlüssig machen? Am offenkundigsten ist bisher die Jugend, und vornweg die akademische Jugend, bezüglich ihrer Absichten und Pläne zu Werk gegangen. Das Freikorps von seinen konservativen oder reaktionären Elementen zu reinigen, war die erste Aufgabe und man hat sie sehr schnell vollzogen. Ob aber die Regierung die vollzogene Umgestaltung gutheißen oder vielmehr das Korps auflösen wird, das ist eine

andere Frage, mit welcher dann wieder die freiwillige oder gezwungene Abgabe der Armaturen zusammenhängt. (D. P. 3.)

**Kaiserslautern**, d. 15. Mai. Der Landesausschuß für Vertheidigung und Durchführung der Reichsverfassung entwickelt immer mehr Thätigkeit, und die Rüstungen werden in einem ausgedehnteren Maßstabe betrieben, was durch die ansehnlichen freiwilligen Beiträge, welche von Gemeinden wie Privaten aus allen Theilen der Pfalz täglich zufließen, ermöglicht wird. Die letzte Erklärung des bayerischen Gesamtministeriums, in welcher der Landesausschuß, als außer dem Gesetze bestehend, betrachtet wird, hat, obgleich man doch hierauf gefaßt sein mußte, noch mehr Erbitterung hervorgerufen, und es wäre nicht zu verwundern, wenn wir in einigen Tagen statt jenes Ausschusses eine provisorische Regierung haben würden. Bis übermorgen tritt hier eine Landesvertretung zusammen, welche dem Ausschusse zur Seite stehen soll. Jeder der 31 Kantone wählt einen Vertreter. Wählbar und wahlberechtigt ist jeder großjährige Pfälzer. Die bisher bekannt gewordenen Wahlen sind entschieden radikal ausgefallen, und das Resultat der übrigen ist bei der gegenwärtigen Stimmung, in der sich die gesamte Bevölkerung befindet, kaum zu bezweifeln. Unsere Stadt ist in ein vollkommenes Kriegslager umgeschaffen, täglich langen neue Truppenabtheilungen an, und andere gehen wieder ab, welche auf Ertrabahnzüge weiter befördert werden. So kamen gestern Abend noch etwa 100 Mann der in Zweibrücken garnisonirenden Jäger hier an, um sich zur Verfügung des Landesausschusses zu stellen. Die noch zurückgebliebene Hälfte würde nachfolgen, heißt es. Es sollen sich auch Offiziere darunter befinden, allein dies ist weniger glaubhaft, sowie so viele andere Gerüchte, welche ich Ihnen gar nicht mittheile, weil es eben nur Gerüchte sind. So hat es sich auch nicht bestätigt, daß die Musik des 6. Infanterieregiments Landau verlassen habe, um zu den hier liegenden übergetretenen Compagnien zu stoßen. Dagegen kommen noch immer Soldaten aus andern Regimentern, worunter auch Kanoniere und Chevaurliegers. — Zuzüge von unbewaffneten Leuten, wenn solche nicht gerade Militärdienste geleistet haben, werden übrigens nicht mehr angenommen. Auch aus Sachsen haben wir Gäste erhalten. Es befinden sich flüchtige Mitglieder der aufgelösten Kammer darunter.

Aus der **bayerischen Pfalz** lauten die Berichte übereinstimmend dahin, daß die allgemeine Organisation der Defensivbewegung gegen einen etwaigen Angriff von dem Landesausschuß fortwährend energisch betrieben, daß aber im übrigen Ruhe und Ordnung herrsche und daß Sicherheit der Person und des Eigenthums nicht im geringsten gefährdet seien. Am 14. gingen die Abgeordneten zur Kammereröffnung nach München, begleitet von den Hoffnungen der Pfälzer, daß dort ihre Schritte zum Wohl des Vaterlandes von günstigem Erfolg sein mögen. Dies dient zum Beweis, daß für jetzt wenigstens von einem Abfall der Pfalz von der bayerischen Krone nicht die Rede ist, und daß die Bevölkerung nicht für die Republik, sondern in der That für die Reichsverfassung die Fahne erhoben hat. In diesem Sinne haben denn auch viele rheinbayerische königliche Beamten in Adressen sich nach München gewendet. Mag man über die bedenkliche Krisis auf dem linken und rechten Ufer des Rheines und über deren Entstehung denken wie man will, jedem deutschen Vaterlandsfreund ist der Wunsch nahe gelegt, diese Krisis nicht höher gesteigert, sondern hier wie dort versöhnlich gelöst zu sehen.

**Speier**, d. 15. Mai. Gestern Vormittags kam, wie die „Speier'sche Ztg.“ berichtet, der Großherzog von Baden mit seiner Familie auf der Flucht von Karlsruhe in der Festung Germersheim an. Eine Cavallerie-Abtheilung begleitete sie bis an die Rheinbrücke und zog dann wieder nach Karls-

ruhe zurück. — Nach einer Bekanntmachung des Landes-Ausschusses in Kaiserslautern wäre zugleich mit der Festung Kastatt auch die dortige Kriegskasse (500,000 fl.) in die Hände des Volkes gekommen.

**Kastatt**, d. 13. Mai. In der Nacht wurden einige wirkliche und gewesene Militärs von ihren Kameraden als Spione erschossen. Minister Hoffmann und General von Glosmann konnten die Festung noch verlassen. Das provisorische Gouvernement übernahm der älteste Offizier, Oberstleutnant Pfeiffer vom dritten Regiment. Die Post darf die Festungswerke überschreiten; sonst darf dies nur mit Erlaubnißschein des Bürgermeisters geschehen. Diesen Vormittag wurde durch Generalmarsch Militär und Bürgerwehr zusammengerufen. Man verkündete, daß jede Compagnie aller Waffengattungen drei Wahlmänner zu wählen habe; diese wählen einen Obmann; sämmtliche Obmänner bestimmen die provisorische Leitung der bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten. Von höhern Offizieren ist nur noch Oberst Röder von Freiburg anwesend.

**Heidelberg**, d. 15. Mai. Der badische Landesausschuß hat in der Person eines Hrn. Gallus Maier, eines bisher als Chirurg bekannten Mannes, eines Kommissar aufgestellt und mit Vollmacht versehen, wodurch er ermächtigt ist, über alle Civilbehörden und die Bürgerwehr in Heidelberg und der Umgegend zu verfügen. Dieser Kommissar hat auf heute die Stadt- und Staatsbehörden aufs Rathhaus beschieden, um von ihnen den Eid auf die Reichsverfassung (vorbehaltlich, wie es heißt, der Modificationen, welche durch die Ablehnung der Kaiserwahl Seitens Preußens nöthig sein würden) und den Eid der Treue gegen den provisorischen Landesausschuß entgegenzunehmen. (D. 3.)

Die Deutsche Zeitung vom 16. Mai schreibt: Von Dem, was die aus **Baden** kommenden Reisenden berichten, erscheint Folgendes als das Glaubwürdigste. Ganz Baden ist in einer Bewegung, deren Ziel und Zweck der Mehrzahl selbst unklar ist. In Karlsruhe sucht Brentano an der Spitze des Landesausschusses die Ruhe zu erhalten. Um die dortigen Verhältnisse zu bezeichnen, genüge die Nachricht, daß v. Bornstedt als Oberbefehlshaber in den Straßen herumreitet und Eichfeld als Kriegsminister fungirt. Blind ist Redacteur der Karlsruher Zeitung. General Hoffmann steht mit 14 Geschützen bei Ladenburg, augenblicklich von den Insurgenten umringt, die von allen Seiten herbeieilen. Die Bauern vom Odenwalde kommen mit Hengabeln und Dreschflegeln herbei. In Heidelberg weiß Keiner, wer Koch oder Kellner ist, doch ist das Eigenthum sicher. Die waffenfähige Mannschaft hat Befehl zum Aufgebote und darf sich nicht vom Orte entfernen. Doch erstreckt sich dieser Befehl nicht auf die Studenten, von denen übrigens den 20 bewaffnet nach Rheinbaiern geeilten Niemand weiter gefolgt ist. Unter Struve's Anführung sind zwei Züge von Freischärlern nach Mannheim geeilt. Dagegen sieht es in Kastatt besser aus. Die Soldaten haben den frühern Commandanten (v. Glosmann) wieder anerkannt und sind größtentheils zum Gehorsam zurückgekehrt.

**Mannheim**, d. 14. Mai. Die Stadt ist vollständig ruhig. Das Militair exercirt bereits wieder, wie noch jüngst im großherzoglichem, nun im Volksdienst. Nach einer heute erlassenen Bekanntmachung des Gemeinderaths ist die Führung der Geschäfte der Stadt-Commandantenschaft, nach Uebereinkunft mit dem Stadt-Commando und dem Sicherheits-Ausschusse, einer Commission, bestehend aus dem zeitigen Militair-Commandanten, dem fungirenden Major der Bürgerwehr und dem Oberbürgermeister übertragen. — Der Gemeinderath und der Sicherheits-Ausschuß haben beruhigende Bekanntmachungen erlassen. (Fr. 3.)

**Karlsruhe**, d. 14. Mai. Das „Organ des Landes-Ausschusses“ (Karlsruher Ztg.) enthält noch folgende Anforderungen:

In Folge der letzten Ereignisse haben viele Soldaten des badischen Armeecorps ihre Garnisons-Orte verlassen. Dieselben werden hiermit aufgefordert, so schnell als möglich zu ihren Heeres-Abtheilungen wieder zurückzukehren, um der Sache der Freiheit nützlich zu sein. Alle Gemeinden des Landes werden beauftragt, die Soldaten, welche ihre Garnisons-Orte verlassen haben, mit allen ihnen zustehenden Mitteln in ihre Garnisons-Orte zurück zu bringen. Im Auftrag der Executiv-Commission: Eichfeld.

Sämmtliche Officiere, die in Folge der jüngsten Ereignisse nicht mehr bei ihren Fahnen stehen, werden aufgefordert, sich dem Kriegsministerium zur Verfügung zu stellen, in so fern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutschen Vaterlandes am Herzen liegt und sie sich zu deren Vertheidigung verpflichtet fühlen. Im Auftrag der Executiv-Commission: Eichfeld.

**Frankfurt a. M.**, d. 16. Mai. Heute Nachmittags verbreitete sich an unserer Börse die Nachricht, bei Ladenburg im Badischen sei es bereits zwischen zwei kriegsgerüsteten Parteien zum Kampfe gekommen. — So eben geht uns die Nachricht zu, daß vergangene Nacht durch die Landleute und Bewohner der Umgegend von Ladenburg, woselbst, wie in den nahe gelegenen Städten und Dörfern, die Sturmglöcker ertönten, ein Geschütz-Train von 16 Piecen großherzogl. badischer Artillerie angehalten und mit Begleitung zurück dirigirt wurde. (Z. 3.)

**Karlsruhe** war zufolge Nachrichten vom 15. Mai Mittags im Genuß der vollständigsten Ruhe. Das Militär sollte noch an diesem Tage auf die deutsche Reichsverfassung beeidigt werden. Die Soldaten betragen sich musterhaft, nicht der geringste Groll sei zu beklagen. Der Landesauschuß hat durch sein Mitglied, Herrn Werner, dem Sicherheitsauschuß unbedingt Vollmacht überbracht. Herr Brentano, der als Chef des provisorischen Landesauschusses am 14. auf besonderes Verlangen der Stadtbehörden, in Begleitung von Herrn Goyg und 4—5 Kompagnieen Infanterie von Kastatt in Karlsruhe eintraf, richtete bei seiner Ankunft einige Worte an die versammelte Menge im Bahnhof. Dem „Mannh. Journal“ zufolge sagte er u. A. Folgendes: „Die Freiheit hat gesiegt; das Eigenthum ist als Heiligthum zu schützen; denn nur auf diese Weise werden wir uns die Achtung und Anerkennung des übrigen deutschen Volkes erhalten und unsern Siegs gewiß sein.“ Er bemerkte, es würden sämmtliche Staatsämter, mit Beibehaltung der Beamten, fortbestehen. Zum Schluß ließ er die Freiheit hochleben. Das Kastatter Militär selbst wurde von ungefähr 8 Offizieren begleitet. Vom Bahnhof begab sich Herr Brentano mit seiner Begleitung unter dem lauten Jubelruf des Volkes in das Rathhaus, wo er von dem Gemeinderath empfangen wurde und sogleich die nöthigen Maßregeln ergriff, um mit aller Energie für die Ruhe und Ordnung der Stadt zu sorgen. Er gab die Versicherung, daß er unverweilt dem Großherzog Boten nachsenden werde, um ihn dringend zu bitten, sogleich nach Karlsruhe zurückzukehren. Noch weiß Niemand zu sagen, wohin der Großherzog sich gewendet hat.

**Freiburg**, d. 15. Mai, Morgens 7 Uhr. General v. Miller hat erklärt, wenn sämmtliche hier befindlichen Truppen von hier wegziehen, die Stadt nicht zu besetzen. In Folge dessen findet denn wirklich so eben sämmtliche Truppen nebst zwei Batterien Artillerie und den Offizieren von hier abmarschirt. — Mittags. Im Laufe des Vormittags sind mehrere politische Gefangene befreit worden. — Freiherr v. Marschall hat seine Stelle als Regierungsdirector des Oberrheinkreises niedergelegt. In Folge dessen ist Dr. C. v. Rottke (Obergerichtsadvocat dahier) von der provisorischen Regierung in Karlsruhe interimistisch zum Regierungsdirector ernannt worden. Zugleich hat Herr v. Rottke von der prov. Regierung

die Weisung erhalten, sämmtliche Staats- und Gemeindebeamten des Oberrheinkreises auf die deutsche Verfassung zu beeidigen. Es wurde deshalb auf Nachmittags eine Versammlung derselben festgesetzt, in welcher sich die Gemeindebeamten alle für die Beeidigung erklärt haben, die Staatsbeamten jedoch zur vorherigen Berathschlagung eine Bedenkzeit bis Morgen sich erbeten haben. — Nachmittags 5 Uhr. So eben ist die Bürgerschaft auf die deutsche Verfassung beeidigt worden. Morgen früh werden 3 Bataillone badischer Truppen hier eintreffen, um ebenfalls den Eid auf die deutsche Verfassung zu leisten. — Peter und Fickler, zwei Mitglieder der provisorischen Regierung in Karlsruhe, sind diesen Nachmittag hier eingetroffen, jedoch nach kurzem Aufenthalt wieder abgereist.

**Darmstadt**, d. 15. Mai. Die Bewegungen im Großherzogthum Baden drohen auch in unserm Lande sich fortzuzugeln. Die Staatsregierung hat sich entschlossen, ein Bataillon Infanterie ausmarschiren zu lassen, dem Vernehmen nach zu dem Zwecke, um die Garnison von Germersheim, wohin sich der Großherzog von Baden zurückgezogen hat, zu verstärken und diesem Regenten zum Schutze zu dienen. Nach eben eingetrossener Nachricht kam aber das Bataillon nur bis nach Friedrichsfeld; es ist heute nach Heppenheim zurückgekehrt, hat also das badische Gebiet wieder verlassen. Es stieß auf eine große Masse Bewaffneter, so, daß es befürchten mußte, eingeschlossen und gefangen genommen zu werden. Eben wird eine Proclamation des Ministers des Innern angeschlagen, in der Absicht, Del auf die hochgehenden Wogen zu gießen.

Die Unteroffiziere und Soldaten des 1. Infanterieregiments in **Darmstadt** veröffentlichen in der Darmstädter Zeitung unterm 14. Mai folgende Erklärung:

Die Soldaten werden mit einer Menge Zetteln belästigt, die sie aufordern, ihrer Pflicht eingedenk, nicht auf das Volk zu schießen u. Wir kennen unsere Pflichten und haben die Belehungen Anderer und am allerwenigsten Solcher nöthig, welche sich im September v. J. uns feindlich gegenüberstellten und jetzt wieder, unter dem Vorwande, für die Verfassung kämpfen zu wollen, das Volk aufzuwiegeln suchen, damit sie mit ihren frühern Plänen wieder hervorrücken und sie vielleicht zur Ausführung bringen können. Wir werden in allen Fällen unserm Eide treu bleiben, den wir unserm Kriegsherrn, der Fahne und der Landesverfassung schworen, und erklären hiermit einen Eiden, der uns schriftlich oder mündlich aufgefordert hat und noch auffordern wird, gegen diesen Eid zu handeln, für ein nichtswürdiges Subject, für einen Rebellen.

**Darmstadt**, d. 15. Mai. Die Beurlaubten sämmtlicher Regimenter, welche einberufen worden sind, treffen mit pünktlicher Erfüllung ihrer Dienspflicht ein, ein erfreuliches Zeichen in dieser tiefbewegten Zeit, wo so viele Verführung überall droht. Die Kompagnie wird auf 200 M. gebracht, sodas das Bataillon 1000 M. unter den Waffen zählt, und das ganze Corps, mit Reiterei und Artillerie, einschließlich eines Bataillons Nassauer, 10,000 M. stark Standquartiere hier und in der Umgegend bezieht. Generalmajor Wachter wird dieses Truppen-corps, offenbar zunächst als Observationscorps gegen die Unruhen in Baden bestimmt, befehligen. Das in Offenbach und Friedberg garnisonirende 4. Regiment trifft ebenfalls bis übermorgen in hiesiger Umgegend ein, in welche auch ein Theil der hier garnisonirenden 1. Infanteriebrigade verlegt wird. (F. 3.)

**Stuttgart**, d. 15. Mai, Mittags. Schon gestern und heute kamen mit der Post, mit der Eisenbahn (über Bruchsal), mit Extraposten u. viele Familien u. aus Karlsruhe hier in Stuttgart an. — Es wird von denselben aufs Bestimmteste versichert, daß in Karlsruhe nirgends auch nur entfernt Eingriffe in das Eigenthum vorgekommen seien. — Die Minister haben Karlsruhe verlassen, ebenso mehrere Abgeordnete; andere, z. B. Isstein, sind in Karlsruhe, ebenso auch Struve, Bornstedt u.

Sigu  
nach  
band  
fung  
antw  
noch  
men  
den,  
theilt  
Regi  
Auf  
figur  
mati  
wäre  
nach  
würde  
„Gr  
eben  
ge,  
den  
3. er  
ghera  
sich  
mon  
Geste  
pen  
so zu  
20,00  
sein  
traf g  
Schü  
des n  
Gener  
in de  
häusl  
gens  
Buri  
dorf  
merci  
rigen  
wurde  
gewor  
er ent  
hes p  
eine  
nöthig  
eine  
Feind  
Reser  
Gefech  
aus 4  
bestie  
Eine  
Einma  
gewag  
der na  
Tagen

**Stuttgart, d. 15. Mai.** Zu Anfang der heutigen Sitzung der zweiten Kammer bringt Reyscher die Zeitungsnachricht zur Sprache, daß Württemberg an den neuesten Verhandlungen in Berlin zu Vereinbarung über eine Reichsverfassung officiöfen Antheil genommen habe. Staatsrath Römer antwortete, der württembergische Gesandte könne weder officiell noch officiös, weder mittelbar noch unmittelbar Antheil genommen haben, denn er sei auf das Bestimmteste instruiert worden, sich dessen gänzlich zu enthalten; wenn aber sich zu betheiligen er je gewagt haben sollte, so werde von Seiten der Regierung gegen diesen Gesandten geschehen, was Rechtsens ist. Auf ein weiteres Anfragen Seegers wegen etwaiger Betheiligung dritter Personen, erwiderte Römer, wenn ja diplomatische Spione von Württemberg nach Berlin geschickt worden wären, so wäre es unter der Würde der Regierung, ihnen nachzuspüren, zudem wäre ja alles, was sie dort unternehmen würden, null und nichtig. (D.P.)

**Wien, d. 15. Mai.** Der „Wanderer“ meldet nach der „Grazer Ztg.“ Folgendes aus Mailand vom 6. Mai: „So eben mit Grafette eingelassenen Nachrichten aus Mestre zufolge, unterhandelt Malghera bereits. Die Beschießung wurde den 4. den ganzen Tag hindurch mit Heftigkeit fortgesetzt. Am 5. erschien die Deputation, um Unterhandlungen wegen Malghera und Venedig anzuknüpfen.“

Der Tiroler Bote vom 12. Mai schreibt: Eben verbreitet sich hier das begründete Gerücht, daß der Friede mit Piemont definitiv abgeschlossen sei.

Die Wiener Zeitung meldet aus **Gradisch** vom 13. Mai: Gestern Nachmittag ist wieder ein Bataillon russischer Truppen und heute wieder eins auf der Eisenbahn hier angelangt, so zwar, daß in längstens zwei Tagen ein Hülfscorps von 20,000 Mann in Gradisch und dessen Umgebung concentrirt sein dürfte. Der Commandant desselben, General Paniutin, traf gestern hier ein.

### Ungarn.

**Preßburg, d. 12. Mai.** Da der Feind in der Insel Schütt sich immer mehr und mehr, vorzüglich am rechten Ufer des neuhäusler Armes, ausbreitete, beschloß der kommandirende General, durch einen Angriff sich über die Stärke des Feindes in der Schütt zu vergewissern und auch jene Seite des neuhäusler Armes wieder frei zu machen. Heute um 2 Uhr Morgens brach die Division des Feldmarschall-Lieutenants Baron Burits aus ihrer bisherigen Stellung zwischen Bruck und Pischdorf in zwei Kolonnen, die eine in der Richtung von Sommerlein, die andere in der von Luipersdorf auf, von den gehörigen Unterstützungen gefolgt. Die ersten feindlichen Posten wurden bei Becke außer Luipersdorf getroffen, angegriffen und geworfen. Länger hielt der Feind außer Sommerlein Stand, wo er endlich durch das Landwehr-Bataillon Kaiser-Infanterie, welches plänkeld vorrückte und denselben sogleich angriff, während eine halbe Batterie in der Flanke aufzahr, zum Rückzuge genöthigt wurde. Feldmarschall-Lieutenant Burits ließ ihn durch eine 12pfündige Batterie und die Kavallerie verfolgen, und der Feind ward bis gegen Szerdahely zurückgedrückt, wo sich seine Reserve aufgestellt befand. Die feindliche Truppe, welche im Gefechte uns gegenüberstanden, ist die Brigade Kosztolany, aus 4 Honved-Bataillonen und 3 Divisionen Lehel Husaren bestehend. Der Feind verlor 12 Tödt und mehrere Gefangene. Eine Fahne und eine Standarte fiel unseren Jägern bei dem Einmarsche in Sommerlein in die Hände, eben so mehrere Fouragewagen ic. Die Truppe ging überall jubelnd ins Feuer, von der nahen Anwesenheit ihres Kaisers belebt, der schon seit zwei Tagen mit der Bestichtigung der Truppen-Aufstellung beschäf-

tigt war, und sich am 11. auf den äußersten Vorposten bei Hedervar und Hochstraß befand, als man von der anderen Seite der Rabnitz her fernen Kanonendonner hörte. Es war die Brigade Wyß, die anfangs um Dedenburg zu decken, bei Szent Miklos aufgestellt war, dann über Kapuvar gegen Raab vorrückte und bei Enefe ein sehr hartnäckiges Gefecht bestand, von wo der Feind mit großer Uebermacht gegen Sorna vorgehen wollte, und hierbei drei Batterien in der Flanke entwickelte. General Wyß bezog mit großer Gewandtheit bei einem geringen Verlust von 20 Tödt und Blessirten die Stellung bei Kony und ist über Bó Sarkany und Pauchaggen mit dem Corps des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Schlick in vollkommener Verbindung.

### Frankreich.

**Paris, d. 14. Mai.** Hier in Paris verlief der Wahltag ohne die geringste Störung. Für die Nachzügler ist eine verlängerte Frist gestattet, die um 4 Uhr abläuft. Mit dem Schläge 4 Uhr wird das Strutinium geschlossen, und alle Stimmkasten werden zur Enthüllung der Stimmzettel nach dem Stadthause gebracht. Vor morgen Abend läßt sich schwerlich auch nur ein annäherndes Resultat bestimmen. Haben die 70,000 Sozialisten oder Kommunisten, die Paris einschließt, wie Ein Mann gestimmt, so ist trotz der Insinuationen der heutigen konservativen Morgenblätter ihr Sieg sicher.

**Paris, d. 14. Mai.** Die National-Versammlung erwartet ein Unterstützungsgesuch der badischen Republik; in ihrer Mehrheit wird sie für ein Hülfscorps votiren; die Pässe aller deutschen Revolutionairs sind bereits visirt. Mit Bestimmtheit ist für diesen Fall anzunehmen, daß das Ministerium sich einem solchen Beschlusse widersetze, mit dem Präsidenten nach Bourges in das Lager des Marschall Bugeaud sich begeben und dort hin die legislative Kammer einberufen wird. (D. R.)

### Großbritannien und Irland.

**London, d. 15. Mai.** Der ministerielle Globe meldet heute: „Die von Lord Palmerston den Regierungen Dänemarks und Preußens gemachten Vorschläge in der Schleswig-holsteinischen Frage sind von dem dänischen Gesandten angenommen worden, und es ist guter Grund vorhanden, zu glauben, daß der hiesige preussische Gesandte im Namen seiner Regierung diesem Vergleich ebenfalls beitreten wird. Wir haben daher alle Aussicht, daß dieser Kampf, aus welchem so viel politische Gereiztheit und so viel Ungelegenheit und Verluste für den Handel entstanden, bald beendigt sein wird.“

### Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmittags 2 Uhr Vortrag von Wislicenus (Jesus Gottessohn und Menschensohn, Davidssohn und Zimmermannssohn).

### Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 18. Mai.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	101 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	101 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	Pomm. Pfndbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	92 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
St. Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	79 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	79	R. = u. Nm do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	93 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>	92 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>
Sech. Pr. = Sch.	—	—	100	Schlesische do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Kur. = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldsch.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	rant. do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—
Brl. Stadt-Dbl.	5	98 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	—	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	—	87 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—				
Wstpr. Pfndbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	85	Friedrichsd'or	—	13 <sup>2</sup> / <sub>8</sub>	13 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>
Groß. Pos. do.	4	97 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	96 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	And. Goldm. à	—	13 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	12 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>
do.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	79 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	5 pf	—	—	—
Däpr. Pfndbr.	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	—	—	Disconto	—	—	—

Eisenbahn-Actien.

Table with columns for Stamm-Actien, Prioritäts-Actien, and Quitt.-B. listing various railway companies and their share prices.

Leipzig, den 18. Mai.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuss. Geld.)

Table showing grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, and Hafer in Magdeburg and Nordhausen.

Nordhausen, den 15. Mai.

Table showing grain prices for Weizen, Roggen, and Rüböl in Nordhausen.

Berlin, den 18. Mai.

Table showing grain prices for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, and Rüböl in Berlin.

Table with columns for Staatspapiere, Angebots, and Gesucht, listing various government securities and their prices.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 18. Mai Abends 6 Uhr am Unterpiegel 6 Fuß 6 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 18. Mai Nr. 2 und 1 Zoll.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 18. bis 19. Mai.

List of names and titles of guests, including 'Im Kronprinzen', 'Stadt Zürich', 'Goldner Ring', etc.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

### Deutschland.

**Berlin, d. 18. Mai.** Die Arbeiten der zur Berathung über die Angelegenheiten der höheren Lehr-Anstalten einberufenen Direktoren und Lehrer sind mit der 28ten Sitzung am 13ten d. M. beendet worden. Sie haben ein reiches Material geliefert, welches, nachdem darüber noch die Provinzial-Behörden gehört sind, bei dem Entwurfe des Unterrichtsgesetzes und der auf den Grund desselben zu erlassenden speziellen Verfügungen und Instructionen gewissenhaft wird benutzt werden. Der lebendige Austausch der Ansichten über die zu erörternden Fragen, die offene Mittheilung der verschiedenen Meinungen hat eine Verständigung und ein gegenseitiges Vertrauen unter den gesammten Mitgliedern der beratenden Kommission herbeigeführt, so daß sich hoffen läßt, es werde die Stimmung, in welcher die Mitglieder von einander geschieden sind, auch auf die in der Versammlung vertretenen Lehrer-Kollegien übergehen und auf die fördernde Pflege des Unterrichts- und Erziehungswesens von wohlthätigem Einflusse sein. (Pr. St.-A.)

**Berlin, d. 19. Mai.** Der hiesige Minister-Congress hat so eben eine Vorlage als Entwurf einer zu octroyirenden Verfassung für Deutschland vollendet und dem Vernehmen nach an die auswärtigen, beteiligten Regierungen abgesandt. Im Allgemeinen soll die Frankfurter Verfassung Grundlage geblieben, jedoch hinsichtlich des Wahlgesetzes, des Veto's und eines Staatsraths abgeändert sein. Das Veto bleibt suspensiv mit Ausschluß der Fragen, in welchen es sich um Verfassungs-Änderungen handelt; hier soll es absolut sein. Der österreichische Gesandte soll ausdrücklich Befehl erhalten haben, an den Conferenzen Theil zu nehmen. Man hofft, daß, wenn auf diese Weise die deutschen Großmächte sich vereinigt haben, es leicht sein werde, auch die kleineren Regierungen zum Beitritt zu bewegen. (A. Z. - C.)

Wie wir hören, haben sich die Bevollmächtigten Sachsens und Hannovers bereits mit der Verfassung einverstanden erklärt. Von den Bevollmächtigten Baierns und Oesterreichs, welche nicht mit hinreichenden Vollmachten versehen waren, ist die Verfassung an ihre resp. Regierungen zur Unterzeichnung gesandt worden. Sie dürfte schon in der nächsten Woche publizirt werden.

**Köln, d. 17. Mai.** Die Wirren in Elberfeld haben früher eine friedliche Lösung gefunden, als wir erwarten konnten. Wir lassen den Bericht eines Bürgerwehmannes aus Elberfeld mit Nachstehendem folgen: „Gestern Abend spät kehrte die Deputation von Berlin zurück. Alles frömte nach dem Rathhause, um den mündlichen Bericht der Abgeordneten zu vernehmen, der folgendermaßen lautete: In Berlin sei man über das Treiben in Elberfeld erstaunt und entrüstet gewesen; um den Aufruhr zu unterdrücken, sei eine imposante Truppenmacht dorthin beordert, der indeß der bestimmte Befehl gegeben wäre, nur dann von den Waffen Gebrauch zu machen, was auch sicher mit Nachdruck geschehen werde, wenn Seitens der Bürger ein Angriff erfolge; das Militär sei bestimmt, die Stadt so enge einzuschließen, daß die Kommunikation jeder Art gehemmt werde. Ferner verlange man bestimmt, daß die festgenommenen Geiseln sofort der Haft entlassen würden. Die erbetene Amnestie war entschieden verweigert. Die Bestürzung aller Bürger war groß und ward erst dann einigermaßen gemildert, als der anwesende Sicherheitsausschuß einstimmig seiner Funktionen entsetzt wurde. Wie bekannt, hatte ein Zug von vielen Tausend Bewaffneten nach Elberfeld stattgefunden, von denen indeß eine große Zahl bereits durch Geld und gute Worte war entfernt worden.

Der Bruder des Ministers v. d. Heydt ward Nachts 2 Uhr von einer Rote dieser Art Freischärler auf das Rathhaus geschleppt, wo noch die gesammte Bürgerwehr beisammen war. Viele Entschlossene traten der bereits zügellos gewordenen Menge bewaffnet entgegen, und die gesammte Bürgerwehr folgte dem Beispiel, entriß Hrn. v. d. Heydt der rohen Masse und stellte derselben — die auf ca. 1000 sogleich angewachsen war — die Alternative, entweder gütlich die Stadt sofort zu verlassen oder gewärtig zu sein, daß alle Bürger die Waffen zu ihrer Vertreibung ergreifen würden. Die Rote zog das erstere vor — wie erzählt wird, erhielt jeder ca. 10 Thlr. Abzugsgeld — und verließ unter Anführung ihres Führers von Mirbach die Stadt, dem Vernehmen nach, um sich nach der aufständischen Rheinpfalz zu begeben. Die Führer des Sicherheitsausschusses, Bohnstedt und Konsorten, hatten sogleich die Flucht ergriffen. Uebrigens ist allgemeine Amnestie in Aussicht gestellt; viele der reicheren Landwehnmänner sollen sich schon entfernt haben. Um 6 Uhr begannen die Bürger das Wegräumen der Barrikaden und werden im Laufe des Tages dieselben entfernt sein. Die Vorgänge der Nacht wurden sofort dem Ober- und dem Regierungspräsidenten, so wie dem Kommandanten der zusammengezogenen Truppenmacht angezeigt; von diesen soll die Zusicherung eingegangen sein, daß zur gänzlichen Herstellung der Ruhe und Ordnung Truppen nicht verwendet werden sollen. Uebrigens hätte die Stadt schon in den nächsten Tagen wegen Mangel an Lebensmitteln die Hülfe der Behörden in Anspruch nehmen müssen.“ So weit unser Berichterstatter. — Da die aus Elberfeld ausgetriebene bewaffnete Schaar, welche weit stärker als 1000 Mann sein soll, den Weg durch das Oberbergische nach der Rheinpfalz eingeschlagen hat, so erhielt das in Deutz garnisonirende Ulanen-Regiment die Ordre, schleunigst nach der Gegend von Summersbach und nach dem Aggerthale aufzubrechen, um die Rote auseinander zu sprengen und etwaige Plünderung der Bewohner dieser Gegend zu verhindern. Um 6 Uhr Abends rückte demnach das Regiment aus. Das 34. Regiment macht Streifpatrouillen in die Umgegend Kölns.

Der auf der Route von Deutz nach Berlin angelegte elektro-magnetische Telegraph wird am kommenden Sonnabend zum ersten Male gebraucht werden.

In Düsseldorf hat allgemeine Entwaffnung stattgefunden; in Köln leben wir in größter Ruhe, die letzten Zeitereignisse sind an uns — äußerlich — spurlos vorüber gegangen.

**Düppel, d. 13. Mai.** Die düppeler Schanzen sind fertig. Das Geschütz, welches eine Zeit lang zu Gravenstein gestanden, ist meistens hierher gebracht. Die schleswig-holsteinischen Artilleristen werden heute durch 200 preussische abgelöst. (D. Z.)

**Kliplew, d. 13. Mai.** Dem größten Theile der dänischen Reiterei ist der Rückzug nach Fridericia abgeschnitten; die deutsche Cavallerie, unterstützt durch reitende und fahrende Batterien, verfolgt sie. Was von dänischen Truppen in Fridericia nicht untergebracht werden konnte, ist von einigen und zwanzig Schiffen weggeführt worden. Schweres Geschütz geht so eben in der Richtung nach Fridericia ab, dessen Bombardement, wenn nicht ein baldiger Friede erfolgt, bevorsteht. — Wie man so eben hört, haben dänische Schiffe einen allerdings fruchtlosen Versuch gemacht, die Gefion aus dem Hafen von Eckernförde zu entführen. (L. Z.)

**Hamburg, d. 17. Mai.** Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, daß der General-Adjutant des Königs von Preußen, General v. Neumann, vor einigen Tagen in einer die Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark betreffenden Mission über Bismar nach Kopenhagen abgegangen ist.

**Frankfurt a. M., d. 16. Mai.** Wir sind in den Stand gesetzt, den Wortlaut einer unter dem 14. d. M. an den diesseitigen königl. Bevollmächtigten gerichteten Instruktion zur Kenntniß des Publikums zu bringen; dieselbe lautet wie folgt:

„Die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung haben die königl. Regierung in die Nothwendigkeit versetzt, eine Entschliebung zu fassen, deren überhoben zu sein, sie lange gehofft hatte. Die Gründe, warum sie die für jetzt noch in Frankfurt tagende Versammlung als auf gesetzlichem Boden stehend nicht mehr anerkennen und daher auch die Theilnahme preussischer Abgeordneter an ihren weiteren Beratungen nicht für zulässig erachten kann, sind in dem Antrag des Staatsministeriums an Se. Maj. den König kurz zusammengefaßt.

Ich kann es indes nicht für überflüssig halten, die Stellung der königl. Regierung zur Nationalversammlung in nachstehender Entwicklung noch näher zu beleuchten und in eine umfassendere Motivirung der gefaßten Beschlüsse einzugehen, damit über die Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit derselben, so wie über die Gesinnung, aus welcher sie hervorgegangen, kein Zweifel bleibe.

Ich stelle Ew. Hochwohlgebornen anheim, hiervon jeden angemessenen Gebrauch, auch für die Öffentlichkeit zu machen, da die Beweggründe wie die Handlungsweise der königlichen Regierung das Licht des Tages nicht zu scheuen haben.

Den gesetzlichen Boden, auf welchem die Nationalversammlung ruhte, bilden anerkanntermaßen die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 30. März und 7. April vorigen Jahres. Durch diese Beschlüsse waren die Regierungen aufgefordert:

„in ihren sämtlichen, dem deutschen Staatensysteme angehörigen Provinzen, auf verfassungsmäßig bestehendem, oder sofort einzuführendem Wege, Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.“

Der also zusammengesetzten Versammlung war eine große Aufgabe zugefallen. Sie sollte die Vermittelung bilden zwischen den Regierungen und dem Volke, und eine Ausgleichung zu Stande bringen zwischen den verschiedenen Gesichtspunkten, welche aus individuellen Verhältnissen und Bedürfnissen der einzelnen Staaten und den Bestrebungen und Wünschen der sich als Eins fühlenden Nation hervorgehen konnten und mußten, eine Ausgleichung, die sehr schwierig erscheinen konnte, weil alle Theile von derselben Gesinnung beseelt waren und dasselbe Ziel erstrebten. Sie sollten dem Verlangen und den Bedürfnissen der deutschen Nation, welche zu befriedigen der deutschen Regierungen ernstliche Absicht war und ist, den vollen, gewichtigen gesetzlichen Ausdruck verleihen; sie sollte das Recht des deutschen Volkes auf selbstthätige Theilnahme und Mitwirkung bei der Ordnung seiner Angelegenheiten vertreten, und durch die besonnene Ausübung desselben mit den Regierungen zusammen die Grundsteine eines Baues legen, der auf den unerschütterlichen Pfeilern des Rechtes, der Wahrheit und der Treue ruhend die Zukunft der deutschen Nation und ihre reiche Entwicklung nach Innen und nach Außen unter seinen schützenden Schirm nehmen könnte. Sie sollte die Brücke bilden helfen zwischen dem alten und neuen Deutschland, damit das neue nicht als ein Werk der Willkür, sondern des Rechtes und der inneren Nothwendigkeit sich erweise.

„So war ihre Aufgabe eine große und herrliche, eine weit umfassende, aber auch eine bestimmte und rechtlich begrenzte.

„Ein Jahr lang hat die deutsche Nation und haben die deutschen Regierungen mit Spannung und lebendiger Theilnahme die Verhandlungen der Nationalversammlung verfolgt und die schönsten Hoffnungen an dieselben geknüpft. Mehrere ihrer Beschlüsse sind durch die Regierungen publizirt; so ist unter Anderen durch die allgemein angenommene Wechselordnung ein erfreulicher Schritt zur innigeren Verknüpfung und Ausgleichung der materiellen Interessen der deutschen Staaten geschehen. Manches Andere ist angebahnt und eingeleitet worden. Die königliche Regierung namentlich hat auf die Beratungen der Versammlung jede irgend mögliche Rücksicht genommen.

„Durch ihr Zusammenwirken ferner mit den Fürsten ist für die vorläufige Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten ein provisorisches Organ gebildet worden, dessen Wirksamkeit unter schwierigen Umständen in manchen Theilen Deutschlands segensreich empfunden worden ist; und in den Tagen einer großen Gefahr, die das gesammte Vaterland mit Anarchie und den Gräueln der Barbarei bedrohte, hat die Versammlung selbst durch ihre muthige Haltung und die Unterstützung, die sie der Centralgewalt angedeihen ließ, schweres Unheil von der deutschen Nation abwenden geholfen. Sie hat endlich, ihrer Aufgabe gemäß, eine Verfassung beraten, in deren Entwurf die Regierungen und die preussische Regierung zuerst die Grund-

züge eines Bundesstaates anerkennen konnten, wie er dem Bedürfnis und den ausgesprochenen Wünschen der Völker wie der Fürsten entsprach.

„Indem auch die königliche Regierung diese Verdienste mit Freuden anerkannte, konnte sie über einzelne Ueberschreitungen der gesetzlich feststehenden Befugnisse, von welchen die Nationalversammlung schon früher sich nicht frei gehalten, hinwegsehen. Indem sie die schwierigen und neuen Verhältnisse und die mächtigen Bewegungen der Zeit berücksichtigte, und der Besonnenheit des Volkes und seiner Vertreter vertraute, wollte sie nicht mit Schroffheit diesen Uebergreifen entgegenreten und einen gefährlichen Streit über Principien führen, deren Ausgleichung sie eben als die große Aufgabe ansah; sie wollte vielmehr den Weg der Verständigung betreten, und wie sie sich bewußt ist, an ihrem Theile redlich Alles gethan zu haben, was zu einer solchen Verständigung führen könnte, so durfte sie hoffen, daß auch die Nationalversammlung ihr auf diesem Wege, den die Mehrzahl des deutschen Volkes mit Dank begrüßte, entgegenkommen würde.

„Die Stellung der Nationalversammlung ist in der neuesten Zeit eine andere geworden.

„Durch die Berathung der Verfassung in zweiter Lesung war ein Theil ihrer Aufgabe vollendet. Zum vollen Abschluß konnte dieselbe nun nur durch die Mitwirkung der Regierungen der Einzelstaaten kommen. Diese waren der eine pacificirende Theil, und nur durch das gegenseitige Anerkennniß war die feste Grundlage für die Zukunft der deutschen Verfassung zu gewinnen und festzustellen.

„Diese Feststellung durch die Mitwirkung der Nationalversammlung zu erlangen, war die Absicht auch der preussischen Regierung. Sie hat dies noch in ihrem Erlaß vom 28. v. M. ausgesprochen und mit demselben noch ein Mal der Nationalversammlung die Hand zu gemeinsamem Wirken dargeboten, obwohl schon damals Erklärungen derselben vorlagen, welche den Anspruch auf einseitige Feststellung der Reichsverfassung aus eigener Nachvollkommenheit aufstellten. Sie hoffte von der Besonnenheit der deutschen Nation, daß sie auf den Boden des Rechtes zurückkehren und dadurch sich selbst die volle und letzte Erfüllung ihrer Aufgabe möglich machen würden.

„So lange sie diese Aussicht festhalten durfte, hat sie mit Vertrauen die Theilnahme der Abgeordneten ihres eigenen Landes an den Beratungen gesehen; und wenn gleich sie die Motive Einzelner, welche schon zum Austritt bewogen fanden, ehren mußte, an das Verbleiben der Uebrigen die Hoffnung geknüpft, daß sie einen heilsamen Einfluß im Sinne der Weisheit und Mäßigung in dieser Versammlung selbst würden ausüben können.

„Die neueren Beschlüsse der Nationalversammlung haben diese Hoffnung gänzlich zerstört, und mit Schmerz sieht die königliche Regierung, wie dieselbe nicht allein den gesetzlichen Boden des Rechtes gänzlich verlassen und einen Weg eingeschlagen, auf welchem sie nur durch Hilfe der Revolution ein verderbliches Ziel erreichen könnte, sondern auch gerade zu dem preussischen Staat sich in ein offen feindseliges Verhältniß gesetzt hat.

„Indem die Nationalversammlung auf dem Ansprüche beharrt, aus eigener Nachvollkommenheit Deutschland seine künftige Verfassung zu geben und sie den Regierungen aufzubringen, und sich jeder Verständigung sowohl als Vereinbarung mit den Regierungen entzieht, hat sie das Princip verlegt, aus welchem sie selbst durch die Berufung durch die Regierungen und die Wahl aus dem Volke hervorgegangen ist, und sich fortan die Erfüllung der Aufgabe: „das deutsche Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen“, unmöglich gemacht.

„Indem sie neben den Regierungen auch „die Volksvertretungen, die Gemeinden der Einzelstaaten und das gesammte deutsche Volk aufgefordert hat, die Reichsverfassung zur Ausführung und Geltung zu bringen“, hat sie die Pülpe der Revolution in Anspruch zu nehmen gedacht, und das Vaterland der Gefahr ausgesetzt, durch Anarchie und blutigen Kampf auf einen Weg geführt zu werden, den die Mehrzahl der Nation verabscheut. Daß diese Befürchtungen nicht grundlos sind, haben die Ereignisse in mehreren deutschen Ländern schon bewiesen.

„Durch die eigenmächtige Feststellung eines Termins für den Zusammentritt des ersten Reichstages und für die Vornahme der Wahlen zum Volkshaus hat sie offen in die Befugnisse der verfassungsmäßigen Regierungen eingegriffen und sich selbst eine Regierungsgewalt angemaßt, die ihr weder nach ihrer ursprünglichen Bedeutung, noch selbst innerhalb der von ihr beschlossenen Verfassung zukommen konnte.

„Sie hat endlich bewiesen, daß sie in ihrem jetzigen Bestande den maßlosen Einflüssen einer Partei preisgegeben ist, welche, auf den Umsturz alles Bestehenden gerichtet, in der moralischen und materiellen Kraft Preußens das Haupthinderniß für ihre Bestrebungen erblickt, und deshalb auf die Zerstörung des preussischen Staates hinarbeitet. Der Beschluß vom 10. d. M.:

„dem schweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preussische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen „sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten.“

ist eben  
Staat,  
hoben  
cher nie  
und die  
„N  
der Er  
länger  
druck de  
Vertret  
jede Pa  
Schritte  
thun zu  
schlüsse  
„E  
fischer  
dem ges  
den pre  
tigt hält  
ihrer Be  
Staates  
„E  
ner an  
Feindsel  
„Ei  
ihren be  
Regierun  
men Ger  
daß über  
„Da  
ten, an  
Ew. Hoc  
habt hat.  
„Die  
sonnene  
Verfahre  
sie überl  
und eines  
zu würdig  
tiefer ein  
keit wider  
„De  
wundete  
Heute so  
ten, in  
zu werde  
G.  
die Ben  
fen: „A  
Unterstüt  
von Pest  
geln in  
er, hätt  
schle W  
Ich hab  
Krieg ge  
Berstör  
hört jed  
Sene vo  
faction  
Nachwe  
„E  
Straß-  
längen  
rückzo  
W  
Truppe  
nde v  
stößt v

ist eben so sehr ein offener Akt der Feindseligkeit gegen den preussischen Staat, als eine Verleugnung und Verletzung der bundesgesetzlich feststehenden Rechte aller Mitglieder des deutschen Bundes, jenes Bundes, welcher nicht zu zerfallen, sondern auszubilden und zu kräftigen, der Beruf und die Aufgabe der Nationalversammlung wie der Regierungen war.

„Nach allen diesen Vorgängen sieht sich die königl. Regierung zu der Erklärung genöthigt: daß sie die Versammlung in Frankfurt nicht länger als auf gesetzlichem Boden stehend, als den berechtigten Ausdruck des wahren Willen des deutschen Volkes und als die gesetzliche Vertretung der gesammten deutschen Nation ansehen kann; daß sie jede Hoffnung aufgeben muß, noch im Verein mit ihr die letzten Schritte zum endgiltigen Abschluß des deutschen Verfassungswerkes thun zu können, und daß sie gegen alle weiteren Berathungen und Beschlüsse derselben sich im Voraus feierlich verwahren muß.

„Eben so muß sie erklären, daß sie die fernere Theilnahme preussischer Abgeordneten an den weiteren Berathungen eines nicht mehr auf dem gesetzlichen Boden stehenden und in offener Feindseligkeit gegen den preussischen Staat befindlichen Körpers für durchaus ungerechtfertigt hält, daß sie das Mandat derselben für erloschen erachtet und von ihrer Vaterlandsliebe und ihrem Gefühl für die Ehre des preussischen Staates erwartet, daß sie aus der Versammlung austreten werden.

„Sie hegt das Vertrauen zu jedem Preußen, daß er sich nicht fern an Verhandlungen betheiligen werde, welche zu offenen Akten der Feindseligkeit gegen sein Vaterland führen.

„Eine Anzahl von Abgeordneten ist diesem Vertrauen schon durch ihren bereits erklärten Austritt zuvorgekommen. Indem die königl. Regierung den Motiven der großen Mehrzahl der noch zurückgebliebenen Gerechtigkeit widerfahren läßt, konnte sie indeß nicht zugeben, daß über ihre Ansicht und ihren Willen irgend ein Zweifel übrig bleibe.

„Das Staatsministerium mußte es daher für seine Pflicht halten, an Se. Maj. den König denjenigen Antrag zu richten, welcher die Ew. Hochwohlgeboren übersandte königl. Verordnung zur Folge gehabt hat.

„Die königl. Regierung darf hoffen, daß durch eine ruhige und besonnene Erwägung der im Vorstehenden dargelegten Thatsachen ihre Befahren und ihre Beweggründe gerechtfertigt erscheinen werden; und sie überläßt es mit Vertrauen dem reifen Urtheil eines jeden Preußen und eines jeden Deutschen, der die factisch vorhandenen Verhältnisse zu würdigen und die Gefahren, wie die Hoffnungen der Zukunft mit dieser eingehendem Blicke aufzufassen vermag, ihr diejenige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, auf welche sie Anspruch zu haben glaubt.

„Berlin, den 14. Mai 1849.“

**Wien, den 14. Mai.** Gestern sind viele russische Verwundete nach den hiesigen Spitälern eingebracht worden. — Heute sollen hier 15,000 Mann Russen ihren Durchzug halten, um auf der Slogniker Bahn nach Dedenburg befördert zu werden.

G. M. Hengi, Festungscommandant zu Dfen, hat an die Bewohner Pesths am 5. Mai folgende Proclamation erlassen: „Bei dem gestrigen Angriff auf die Festung fielen zur Unterstützung des Sturmes in der Wasserstadt Kanonenschüsse von Pesth gegen die Kettenbrücke, wovon gleich die ersten Kugeln in den Landpfeiler einschlugen, nur um 20 Schritte kürzer, hätten diese Schüsse die 4 Minendfen gezündet, und das achte Weltwunder, das herrliche Kunstwerk, wäre nicht mehr! Ich habe bis jetzt nur nothgedrungen und schonend mit Gehör geantwortet, aber wenn mit dem zwecklosen Angriff zur Verflörung der Bürgerhäuser von Dfen fortgeföhren wird, so hört jede Schonung auf, und es mögen den Vandalismus jene verantworten, die mit teuflischer Wuth einer fremden Faction in ihren eigenen Eingeweiden wüthen; der Fluch der Nachwelt wird ihnen nicht entgehen.“

### Ungarn.

**Preßburg, d. 13. Mai.** Es sind Nachrichten da von Straß-Somerein, daß die Oesterreicher über die Ungarn einen längenden Sieg erföhnten, in Folge dessen diese sich bis Komorn zurückzogen. (C. Bl. a. B.)

Wir erfahren, daß Schütt-Somerein von den ungarischen Truppen wirklich geräumt worden ist. Bereits sind hier Reiter von dort eingetroffen. Funfzehn Honveds, die sich da selbst verspäteten, wurden von unsern Truppen zu Gefangenen

gemacht und unter starker Bedeckung hierher gebracht. — J. M. L. Vogel soll heute in Trentschin eingerückt sein. Dembinski soll mit ungefähr 5000 Mann in den Bergstädten stehen. (Am 3. Mai befand er sich in Kaschau.) (Bl.)

**Preßburg, d. 14. Mai.** Milchdorf, eine Viertelstunde weit von Schütt-Somerein entfernt, wurde gestern früh von den Kaiserlichen besetzt. Nachmittag wurden diese wieder von den Ungarn verdrängt. (C. Bl. a. B.)

**Tyrnau.** Aus verlässlicher Quelle erfahren wir, daß den 11ten d. um 11 Uhr Vormittag die Avantgarde der kaiserl. russ. Armee, 6000 Mann stark, in Holitsch eingerückt ist.

### Frankreich.

**Paris, d. 14. Mai.** Ohne es zu ahnen, ist Frankreich einer Revolution entgangen, die einen noch traurigern Bürgerkrieg als den in den Tunitagen v. J. zur Folge gehabt hätte. Man hatte die vorige Woche nichts mehr und nichts weniger, als einen umgekehrten 18. Brumaire auszuführen im Sinne. Die Rollen waren vertauscht und das Lösungswort gegeben. Am 7. nahm die National-Versammlung den bekannten Beschluß über die italienische Expedition an, am 8. verabredeten sich Marrast und Ledru-Rollin, die in der National-Versammlung durch die Niederlage der Franzosen bei Rom hervorgerufene Aufregung weiter auszubeuten und den eingereichten Vorschlag auf Anklage des Präsidenten der Republik und der Minister zur Annahme zu betreiben. Marrast ließ darauf seine Freunde Stimmen dafür werben und hielt sich bereits einer Majorität von 20 Stimmen gewiß; für den Fall der Annahme desselben, war man übereingekommen, sollten die Minister sofort verhaftet werden, zu welchem Behufe Marrast zwei Bataillone Truppen mehr „zum Schutze der Kammer“ verlangte. Um die Besorgnisse der Regierung nicht anzuregen, ließ Ledru-Rollin durch seine Freunde den Wählern bedeuten, sich ruhig zu verhalten, alle Zusammenrottungen zu vermeiden und weitere Befehle abzuwarten. Nach der Verhaftung der Minister würde man einen Theil der unter den Befehlen des Kammer-Präsidenten stehenden Truppen zur Verhaftung des Präsidenten der Republik, mit Hilfe einer Compagnie Nationalgarde aus dem 7. Bezirk, auf die man zählen zu können glaubte, ausgesandt haben. Ledru-Rollin hatte zu gleicher Zeit, da man des Militärs für diese Sendung nicht gewiß war, der Gesellschaft der Menschenrechte das Lösungswort zum Ausbruch und unmittelbaren Angriff auf das Elisée national gegeben. So weit waren Marrast und Ledru-Rollin mit einander einverstanden. Von hier aus aber wollte Jeder von ihnen dem entworfenen Streiche eine andere Richtung geben. Marrast beabsichtigte, darauf hinzuwirken, daß nach Verhaftung des Präsidenten der Republik und der Minister die National-Versammlung sich permanent erkläre, das Decret ihrer Auflösung zurücknehme, die Wahlen auf unbestimmte Zeit vertage und den General Cavaignac zum Chef der ausübenden Gewalt ernenne. Ledru-Rollin hingegen hatte im Plane, nach der Beseitigung des Präsidenten und der Minister auch die National-Versammlung zu beseitigen, einen Wohlfahrts-Ausschuß von fünf Mitgliedern, sich selber an der Spitze, zu ernennen. Wiewohl nur Wenige in das Geheimniß dieser Verschwörung gezogen wurden, hatte die Regierung doch am 9. schon Kenntniß davon und berief noch fünf Regimenter nach Paris, darunter eines der Kavallerie, welche der Kriegsminister früher befehligt hatte und die ihm besonders ergeben war. Dieses Regiment wurde in der Nähe des Elisée national kasernirt. Um jedoch das Komplot friedlich zu vereiteln, suchte die Regierung Zeit zu gewinnen, zögerte am 10. mit der Vorlage der erhal-

tenen Depeschen und legte sie erst Abends vor. Tags darauf ließ sie durch ihre Freunde in der Kammer verbreiten, daß sie von dem Streiche, den man gegen sie im Schilde führe, Kenntniß habe, und daß die nöthigen Maßregeln getroffen seien. Dadurch gingen den Einen die Augen auf, die Anderen wurden zurückgeschreckt, und so fiel auch das Komplott ins Wasser, da die Tagesordnung über die italienische Expedition mit einer Majorität von 37 Stimmen angenommen und der Vorschlag auf Anklage mit einer solchen von 250 Stimmen verworfen wurde. — Leise und unvollständige Andeutungen von diesem Komplotte fanden sich schon in den Journalen; ich habe sie bisher übergangen, da ich kein unbedingtes Zutragen zu ihnen habe; allein seitdem habe ich die vorstehenden Einzelheiten von Personen erfahren, deren Wahrhaftigkeit mir nicht verdächtig ist, und man spricht von dieser Verschwörung überdies jetzt so allgemein in politischen Kreisen, daß ich sie zu berichten keinen weitem Anstand nehmen zu müssen glaubte. (K. 3.)

**Paris**, d. 15. Mai. Die Wahlen für Paris wurden gestern Nachmittags um 4 Uhr geschlossen. Die Ruhe, welche während beider Tage herrschte, war eben so bemerkenswerth als erfreulich. Ueber das Ergebnis der Wahlen und selbst über die Zahl der Stimmenden läßt sich natürlich noch nichts Gewisses angeben. Man behauptet indessen, daß die rothen Republikaner und Socialisten sich auf Anrathen ihrer Führer streng an Eine Liste gehalten haben, während die Freunde der Ordnung für abweichende Listen stimmten. Es läßt sich also erwarten, daß erstere aus der Spaltung ihrer Gegner Vortheil gezogen haben, obgleich letztere im Ganzen wahrscheinlich bedeutend in der Mehrzahl sind. — Das Gerücht von Aufstellung einer Beobachtungs-Armee am Rheine erweist sich als voreilig.

**Straßburg**, d. 15. Mai. Unsere Stadt wimmelt von badiſchen Flüchtigen. Alle Gasthöfe und sehr viele Privathäuser sind mit Familien aus jenem Lande angefüllt. Dasselbe soll in den Grenzstädten des Unter-Elsaßes der Fall sein. Die hiesigen Blätter veröffentlichen zwar, daß der Großherzog hier angekommen sei, allein dem ist nicht so, obwohl versichert wird, daß er Wohnung habe bestellen lassen. — Ein Mauer-Anschlag fordert die deutschen Liberalen dahier auf, mit Waffen nach Deutschland zu eilen, um die Herrschaft der Tyrannen und Jesuiten vollends zu bekämpfen. Der politische Horizont trübt sich mehr und mehr. Kein freundliches Zeichen läßt sich am Himmel erblicken. — Ueber das wahrscheinliche Ergebnis der Wahlen verlautet bis heute so viel, daß die gemäßigten Republikaner wenig Aussicht zum Siege hätten. So viel ist gewiß, daß sich gerade von dieser Partei sehr viele des Abstimmens enthalten haben, während die Social-Demokraten mit Eifer nach dem Wahl-Collegien liefen und alle wie Ein Mann stimmten. Die Entfaltung der Stimmzettel hat bereits begonnen und bestätigt diese meine Behauptung. Man erwartet Weisungen des Kriegs-Ministeriums über Verstärkung der Grenz-Besatzungen. In ganz Elsaß herrscht übrigens Ruhe und Ordnung, und derselbe bietet somit eine sichere Zufluchtsstätte allen unseren bedrängten Nachbarn, welche dieselbe hier suchen. Die Verbindung mit Baden hat keine Unterbrechung erlitten. Das Gerücht, als sei die Eisenbahn an einzelnen Stellen zerstört, ist ungegründet. Mit dem Niederrheine sind wir seit heute wieder durch einen täglichen Dampfschiff-fahrts-Dienst verbunden.

### Türkei.

**Konstantinopel**, d. 2. Mai. Die Unterhandlungen, welche hier in Folge der Mission des Generals Grabbe angeknüpft wurden, haben für beide Parteien eine befriedigende Lösung gefunden. Man kennt zwar die näheren Bedingungen

nicht, es scheint jedoch gewiß, daß von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht worden sind und das herzlichste Einverständnis sich kund gab. Die Russen sollen demgemäß die Donaufürstenthümer nur so lange besetzt halten, als die Unruhen in Siebenbürgen dauern; eine Revision des Verfassungsstatuts der Moldau und Walachei wird vorgenommen werden. (West. Cor.)

### Vermischtes.

— **Berlin**, d. 19. Mai. Gestern früh um halb drei Uhr verlor die Wissenschaft und Pädagogik durch den Tod einen ihrer ältesten Vertreter in Berlin, den Professor Dr. Heinsius, welcher schon vor mehreren Jahren sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum gefeiert hatte.

— Nach einer dem Berliner Magistrat von dem Gericht der im Königreich Sachsen belegenen Kreisstadt Wurzen zugegangenen Anzeige hat der dort verstorbene Rittergutsbesitzer v. Rixenberg, ein Sohn des ehemaligen hiesigen Consistorialpräsidenten v. Rixenberg, in einem nachgelassenen Testamente 140,000 Thlr. zu milden Stiftungen und ferner 120,000 Thlr. oder sein Rittergut Ritschwitz zu demselben Zweck legirt. Diese Summen soll die hinterlassene Wittve, welche zur Universalerbin eingesetzt ist, entweder bei ihrer Wiederverheirathung oder doch spätestens bei ihrem Tode auszahlen lassen. Davon sind von der erstgenannten Summe der Stadt Berlin 13,333 $\frac{1}{3}$  Thlr., der Stadt Halberstadt 66,666 $\frac{2}{3}$  Thlr., der Stadt Halle 42,000 Thlr., der Stadt Dresden 10,000 Thlr. und der Stadt Leipzig 8000 Thlr. ausgezahlt. Die ferneren 120,000 Thlr. erhält die Stadt Berlin allein, oder nach Wahl der Wittve das Gut Ritschwitz, welches dann mit dem ganzen vorräthigen Inventar zu überliefern ist. Die Capitalien sollen von den städtischen Behörden möglichst sicher angelegt und zur Unterstützung Nothleidender bestimmt werden, die eine gute Erziehung genossen haben. Die einzelnen Unterstützungsrenten sind mit Rücksicht darauf auf 100 und 200 Thlr. jährlich festgesetzt. Der Stadt Berlin ist dafür lediglich die Verpflichtung auferlegt, der Stadt Wurzen für ihre Armen jährlich 100 Thlr. auszusenden und portofrei einzusenden. Das Testament enthält außerdem zahlreiche, zum Theil sehr originelle Einzelbestimmungen.

— Zu Rotterdam wüthete am 13. Mai eine heftige Feuersbrunst. In der neuen großen Dampf-Zuckerfabrik von Tromp, Suermond und Comp. brach gegen 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Morgens Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß schon um 8 Uhr die ganze Fabrik in lichterlohen Flammen stand; bis 9 Uhr hatte sich das Feuer auf dem Leuehaven fünf großen Häusern und den hinter der Fabrik gelegenen Packhäusern und Entrepots mit Zucker, Flach, Leinsamen u. mitgetheilt; die Schottische Kirche war in größter Gefahr. Der Anblick der zahlreichen in Flammen stehenden Gebäude war ein furchtbarer. Die im Hafen befindlichen Schiffe suchten sich zu entfernen, die Löschmittel waren bei dem bedeutenden Umfange des Feuers unzureichend. — Das große Magazin und die Packhäuser Rusland, das Zucker-Entrepot Pyönik lagen um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr in Asche, das ausgedehnte Magazin des Hrn. Kochussen gerieth um diese Zeit in Flammen. — Nachmittags 3 Uhr wurde man des Feuers einigermassen Herr, doch brannte um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr noch ein Pech- und Theer-Magazin; man glaubte aber, das Feuer darauf zu beschränken. Im Ganzen sind 22 Gebäude in Asche gelegt, worunter viele Packhäuser, gefüllt mit Krapp, Zuckervorräthen der Niederländischen Handelsgesellschaft, so wie Flach- und Fruchtspeicher. Das werthvolle Gemälde-Cabinet des Hrn. Kochussen wurde aus dessen prachtvollem Hause gerettet. Man schätzt den Schaden im Allgemeinen auf drei Millionen Gulden. Die Stimmung der Stadt ist natürlich eine sehr gedrückte.

## Deutsche National-Versammlung.

Frankfurt, den 16. Mai.

Die Sitzung wird um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr eröffnet. Nach Verlesung des Protocolls meldet der Vorsitzende, daß er eine Eingabe der Bevollmächtigten des in Frankfurt am 14. und 15. Mai abgehaltenen Nationalcongresses der conservativen Vereine heute zur Mittheilung erhalten habe. Der Nationalcongress hat beschlossen: unter allen Umständen an der Reichsversammlung unbeirrt festzuhalten; er fordert die Abgeordneten auf, unter keiner Bedingung ihre Posten zu verlassen; er fordert die Nat.-Vers. auf, sich im Falle der Erledigung der prov. Centralgewalt das Recht zur Einsetzung einer neuen Centralgewalt ausschließlich vorzubehalten; alle deutschen Regierungen aufzufordern, zufolge des Beschlusses vom 12. Mai hinzuwirken, daß die Verfassung durchgeführt werde, und die gesetzliche Ordnung dabei zu erhalten. Schließlich erklärt der Nationalcongress, daß er der Ansicht sei, man müsse Gewalt mit Gewalt vertreiben, und daß er sich mit dem Centralmännerverein in Verbindung gesetzt habe. (Beifall.) Der Vorsitzende berichtet hierauf, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser ihm mitgeteilt habe, der preussische Commissar Herr Fischer sei eingetroffen, er habe den Auftrag: 1) Die preussischen Abgeordneten abzurufen; 2) sich die hitzigen Verhältnisse anzusehen. (Lang anhaltende Heiterkeit.) Hiernach wird eine Erklärung mehrerer preussischer Abgeordneter verlesen, welche die einseitige Abberufung durch ihre Regierung als für nicht rechtsverbindlich halten, und erklären, der Nationalversammlung so lange angehören zu wollen, als es ihnen die Beschlüsse derselben erlaubten. (Befehl. Saucken, Revisions, Schwetschke, Jordan, Simon v. Stargard, Junemann, Krudt, Jester, Göden, Marx, Stedmann, Becker, G. Simon, Schubert, Wiethaus, Schneer, Keller, Anderson, Leberkus, Sellkampff, Martus, Jordan, Hausmann, Schleusing, Bopp, Waldmann, Schirmeister, Geertsbusch, Otto, Albert, Loew aus Magdeburg, Mattyies, Degenkolb, Stenzel, Paim, Plathner, Holz, Seiler, Schwarz, Massov, Loew aus Posen, v. Kösterich.)

Abg. Wiedenmann stellt folgenden dringlichen Antrag: die constituirte deutsche Nationalversammlung

„In Erwägung, daß keiner Regierung die Befugniß zusteht, die von der deutschen Nation vollzogenen Wahlen zu der deutschen constituirten Nationalversammlung durch Abberufung der gewählten Abgeordneten unwirksam zu machen und dadurch mittelbar die Nationalversammlung aufzulösen, beschließt:

Sie erklärt die königl. preussische Verordnung de dato Charlottenburg, d. 14. Mai 1849, wodurch das Mandat der im preussischen Staate gewählten Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung für erloschen erklärt und die Abgeordneten angewiesen werden, sich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Versammlung zu enthalten, als unverbündlich für die preussischen Abgeordneten, und erwartet von dem deutschen Patriotismus der preussischen Abgeordneten, daß sie sich der ferneren Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht entziehen werden. Frankfurt, d. 16. Mai 1849. Wiedenmann.“ (Großer Beifall.) (Unterstützt von Albert, Stengel, Bier, Berfen, Otto, Künkel, Schirmeister, Marcus, Schwarz, Eckert aus Kromberg, Schwetschke, Ostendorf, Lette, Paim, Schneer, Scholten, Simon aus Königsberg, Waldmann, Degenkolb, Anz, Gruel, Marcks, Reudell, Wiethaus, Schick, Jordan von Söllnow, Biebig, Plathner, Dierweg, v. Saucken, Hennig, Dahlmann, Simon aus Stargard, Stedmann, Groß aus Leer, Deiters, H. v. Raumer, Brons, v. Thiellau, Hausmann, Ebmeier, v. Borries, Zacharia aus Göttingen, Francke, Leberkus, Gallati, Göden, Böcking.)

Der Antrag wird einstimmig für dringlich erklärt. (Beifall.) Abg. Wiedenmann fügt seinem Antrage die Worte hinzu: Ich müßte glauben, die Versammlung zu beleidigen, wenn ich nur ein einziges Wort zur Begründung dieses Antrags verlore. (Großer Beifall.) Er wird ohne Discussion zur allseitig unterstützten namentlichen Abstimmung gebracht und mit 288 gegen 2 Stimmen angenommen. 10 enthalten sich der Abstimmung. (Beifall.)

Abg. Groß aus Prag reicht einen ähnlichen Dringlichkeitsantrag in Beziehung auf die Zurückberufung der österreichischen Abgeordneten durch ihre Regierung ein, wodurch die Abberufung der österreichischen Abgeordneten als hier für unglücklich und nicht verbindlich angenommen wird. Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Abg. Jordan trägt in Berücksichtigung, daß ein ähnlicher Antrag zur Berichterstattung an den Ausschuss verwiesen sei, auf motivirte Tagesordnung an. Abg. Raveaur erklärt sich dagegen. Abg. Plathner macht auf den großen Unterschied zwischen dem Verhalten der österreichischen Abgeordneten nach ihrer Abberufung und dem der preussischen aufmerksam, welche letztere sozgleich gegen ihre Abberufung protestirten, während das von ersteren nicht geschah. Abg. Simon von Erier erklärt sich für den Antrag des Abg. Groß. Abg. Ostendorf stellt einen schriftlichen Antrag auf motivirte Tagesordnung. Es wird darüber namentlich abgestimmt und der Antrag mit 174 gegen 107 Stimmen verworfen. Der

Antrag des Abg. Groß wird mit großer Mehrheit angenommen. (Bravo!) Der Vorsitzende meldet den Austritt der Abgeordneten Reichensperger und Grävell.

Eine an den Reichskriegsminister gerichtete Interpellation wegen militärischer Maßnahmen in Baden kann, wegen der Abwesenheit des Hrn. Ministers, nicht beantwortet werden. Der Vorsitzende macht auf eine neue Erklärung des Hrn. Ministers aufmerksam, daß derselbe glaube, nicht mehr in der Lage zu sein, auf Interpellationen zu antworten. Einer dringlichen Interpellation des Abg. Raveaur wird die Dringlichkeit zuerkannt: Abg. Raveaur fragt den Vorsitzenden, ob die von ihm am Anfange der Sitzung gemachten Mittheilungen alle Bedingungen in sich schlossen, von welchen der Herr Reichsverweser die Bildung eines neuen Ministeriums abhängig mache. — Der Vorsitzende kann diese Frage nicht beantworten, er weiß sonst nichts als das bereits Mitgetheilte. Abg. Simon stellt hierauf den dringlichen Antrag, den Hrn. Kriegsminister einzuladen zu erscheinen. Es wird mit Stimmzetteln abgestimmt. — Während der Ein-sammlung der Zettel erscheint Abg. Grävell und setzt sich auf die Ministerbank. (Allgemeine Bewegung und Heiterkeit. Der erste Vorsitzende Stellvertreter Biedermann spricht mit demselben. Abg. Grävell entsendet sich wieder.) Die Dringlichkeit wird dem Antrage des Abg. Simon nicht zuerkannt.

Abg. Simon von Erier meldet im Namen des Dreißigerausschusses, daß derselbe der Versammlung den gestern vom Abg. Biedermann gestellten Antrag (s. Nr. 114) als dringlich anempfehle. Abg. Sprengel trägt im Namen der Minorität darauf an, den Antrag zur förmlichen Berichterstattung an den Dreißigerausschuss zurück zu verweisen und ihn aufzufordern, den Bericht nächsten Freitag der Versammlung zur Berathung vorzulegen. — Der Antrag der Majorität des Dreißigerausschusses, den Biedermann'schen Antrag als dringlich zu erklären, wird nicht angenommen. — Ein Antrag, den Gegenstand morgen in Berathung zu ziehen, wird abgelehnt.

Der Vorsitzende will die Sitzung schließen und die nächste Sitzung auf Freitag anberaumen, allein auf ein von 100 Mitgliedern unterschriebenes Verlangen hin beräumt er eine außerordentliche Sitzung auf morgen 4 Uhr an. — Abg. Biedermann verlangt, daß die Antragsteller erklären, was auf die morgige Tagesordnung zu setzen wäre. Abg. Wesendonck erklärt sich dagegen. Der Vorsitzende erklärt, daß es bei der bloßen Anberaumung der Sitzung sein Verbleiben haben müsse und verliest hierauf eine Zuschrift des interimistischen Reichsministerpräsidenten v. Sagers, worin derselbe meldet, daß Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweser Herrn Geheimrath v. Grävell mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt habe. (Heiterkeit, Bewegung in verschiedenem Sinne.)

Herr Ministerpräsident Grävell bestigt die Tribüne. (Heiterkeit.) Er ersucht die Versammlung, so weit wir es vernehmen konnten, ihm Gehör zu schenken, und erklärte, daß er das ihm anvertraute schwierige Amt nur übernommen habe, damit Se. kaiserl. Hoheit nicht ohne Ministerium sei, was sonst sehr leicht hätte geschehen können. Nicht Eitelkeit, noch Ehrgeiz habe ihn dazu vermocht. Portefeuilles haben erhalten: Detmold das der Justiz. (Große Heiterkeit. Pui links.) General Fochmus das der äußeren Angelegenheiten. Abg. Merck das der Finanzen. (Heiterkeit.) Da der Herr Kriegsminister noch nicht bestimmt zugesagt, so trägt der Herr Ministerpräsident Bedenken, seinen Namen zu nennen. (Hört!) Die Ernennung der anderen Minister und das Programm werden morgen verkündigt werden. Der Herr Ministerpräsident erklärt, daß er deswegen sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt habe, weil es unklug gewesen wäre, wenn der erste Minister eines Staats sich gleich durch seine Parteilichkeit feindselig gegenübergestellt hätte einem anderen, mit dem man unterhandeln wolle. (Hört! links.) Ich weiß im Voraus, schließt der Redner, daß ich auf der Stelle, welche ich nach allen Kräften auszufüllen trachten möchte, nicht lange bleiben werde. Ich empfehle mich Ihnen. (Heiterkeit.)

In Beziehung auf die eben geschehene Mittheilung stellt der Abg. Simon aus Erier eine dringliche Interpellation an den neuen Herrn Reichsministerpräsidenten, welche als dringlich anerkannt wird. Er fragt: Ist der neue Herr Ministerpräsident dazu bereit, die Reichsverfassung im Gemäßheit des Art. XV. des Gesetzes vom 28. Juni in Ausführung zu bringen? Reichsministerpräsident Grävell verweist auf das morgen einzuziehende Programm.

Abg. Schneer stellt den dringlichen Antrag: die Nationalversammlung erklärt, das von der provisorischen Centralgewalt neu gewählte Ministerium hat das Vertrauen des Hauses nicht. (Beifall.) Der Antrag wird als dringlich anerkannt. Abg. Schneer nimmt denselben zurück. Die Sitzung wird um 7 $\frac{1}{4}$  Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Morgen Donnerstag den 17. Mai 4 Uhr.

## Bekanntmachungen.

**Bekanntmachung,**  
den Remonte-Ankauf pro 1849  
betreffend.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren sind in dem Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Bereichen in diesem Jahre wiederum nachstehende früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 25. Mai in Luckau,  
= 29. = Torgau,  
= 7. Juni = Egelu.

Die von der Militair-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt. —

Die erforderlichen Eigenschaften eines Remontepferdes werden als hinlänglich bekannt vorausgesetzt und zur Warnung der Verkäufer nur noch bemerkt, daß Krippenseker und solche Pferde, deren Mängel gesetzlich den Kauf rückgängig machen, dem früheren Eigenthümer auf seine Kosten zurückgesandt werden. —

Mit jedem erkauften Pferde sind eine neue, starke, leberne Trense, eine Gurthalter und zwei hanfene Stricke ohne besondere Vergütung in den Kauf zu geben.

Berlin, den 2. April 1849.

**Kriegsministerium,**  
Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Nachdem das Königliche Staats-Ministerium zur Befreiung der Geschäfts-Correspondenzen von unwesentlichen Formen verordnet hat, daß sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Staatsbehörden sich bei gegenseitigen Dienstvernehmungen der sachlichen Prädikate (z. B. Hochlöblich, Wohlloblich etc.) gänzlich enthalten sollen, hat unser Collegium beschlossen, dergleichen Prädikate fortan auch bei dienstlichen Erlassen an Privatpersonen nicht weiter in Anwendung zu bringen. Wir bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit dem Bemerkten, daß wir nun auch die Weglassung dergleichen Titulaturen in Schreiben an uns voraussetzen.

Halle, den 16. Mai 1849.

**Der Magistrat.**

Die Anfuhr der zu dem neuen Pfarrgebäude zu Mitteleklaue erforderlichen Baustoffe soll an den Mindestfordernden verdungen werden, wozu ich Freitag den 25. Mai früh 9 Uhr ein öffentliches Ausgebot im Falke'schen Gasthose zu Cönnern abhalten werde.

Unternehmungslustige werden dazu eingeladen.

Halle, den 18. Mai 1849.

**Der Bau-Inspector**  
**Schulze.**

14  
Aechte **westphälische Schinken**, feinste westphälische, **Gothaer u. Braunschweiger Serbelatwurst**, bestes **Samburger Rauchfleisch**, starke **Jenaer Knackwürstchen**, **Serbelatwurst mit Knoblauch**, empfiehlt nebst beste **Brabanter Sardellen**, fetten ger. **Rheinlachs**, frischen **Hamburger Caviar** u. **nordische Kräuter-Anchovis**  
**Carl Kramm.**

### Stickereien,

als: **Pellerinen, Chemisets, Klappen, Manschetten, russ. Semdchen, Lätzchen, Unter-Aermel** etc., in dem neuesten Geschmack empfiehlt in der größten Auswahl  
**Händler.**

### Cravatten-Bänder

schwerster Qualität und in den neuesten Dessains bei  
**Händler.**

## Corsets für Damen,

von

**C. G. Masch aus Berlin,**

in allen Größen zu Fabrikpreisen bei

**Händler.**

### Herren-Wäsche,

als: **Ober-Semdchen, Chemisets, Manschetten, Kragen** in Leinen und **Batist** neuester Façon empfiehlt  
**Händler.**

NB. Auch werden dieselben in jeder Art und in jedem Stoff nach Angabe schnell und billigt angefertigt.  
**Händler.**

## Gutgegnung.

Der **deutsche Verein** spricht sein Bedauern darüber aus, daß ein Ausdruck, welcher in seiner Adresse an die Herren Stadtverordneten im Interesse der Selbstvertheidigung absichtlich aus den ministeriellen Motiven für die Kammerauflösung entlehnt und deswegen im Drucke besonders markirt wurde (die „Besseren des Volks“), zu einer falschen Auffassung Veranlassung gegeben hat, da dem Vereine Nichts ferner liegt, als eine ungerechte Beurtheilung der politischen Ueberzeugungen aus dem moralischen Gesichtspunkte. Seine Ansicht in der deutschen Verfassungs Angelegenheit wird durch allgemeine Redensarten nicht verändert, und bleibt er getroßt bei Dem stehen, was die große Mehrheit des deutschen Volkes, mit Männern von der staatsmännischen Einsicht v. Gagern's, Dahlmann's u. A. an der Spitze, für das Wohl des Vaterlandes als heilbringend erachtet haben.

Halle, d. 18. Mai 1849.

**Der Vorstand des deutschen Vereins.**

## Verkauf oder Verpachtung.

Eingetretener Familienverhältnisse wegen beabsichtige ich meinen hieselbst belegenen Gasthof „Zum Fährhof“ nebst Zubehör, sowie dazu gehörigen großen Gärten und Uferbesitzungen, ingleichen die hiesige bedeutende Fähranstalt mit den beiden Fährren, dem Fährbahn, dem Fährhause und verschiedenen Rechten, unter vortheilhaften Bedingungen aus freier Hand schleunigst zu verkaufen resp. zu verpachten, und können im Fall eines Verkaufes die Hälfte der Kaufgelder hypothekarisch daran stehen bleiben.

Außer der Gastwirthschaft wurden in dem Grundstück bisher noch Holz- und Getreidegeschäfte betrieben, dasselbe eignet sich aber wegen seiner höchst vortheilhaften Lage unmittelbar an der Saale bei Alsleben, sowie wegen seiner großen Räumlichkeit, zu jedem andern größern Geschäft oder einer Fabrikanlage, und können, falls es verlangt wird, außerdem auch noch 50 bis 60 Morgen Acker mit überlassen werden.

Hierauf Reflektirende wollen recht bald mit mir in Unterhandlung treten.

Mucrena, den 15. Mai 1849.

**Eduard Ackermann.**

## Germania, Sagel-Versicherungsgesellschaft zu Berlin.

Von Seiten der Direction der oben bezeichneten Gesellschaft, welche Versicherungen auf Gegenstände der Gärtnerei, auf Fensterscheiben und Feldfrüchte aller Art übernimmt, ist mir eine Agentur übertragen worden; ich empfehle mich daher zur Annahme von Versicherungen und bin gern erbötig, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen. —

Statuten und die nöthigen Versicherungs-Formulare werden unentgeltlich ausgegeben. —

Alsleben a/S., im Monat Mai 1849.

Agent der Germania,  
Albert Bertram.

## Germania, Sagel-Versicherungsgesellschaft zu Berlin.

Von Seiten der Direction der oben bezeichneten Gesellschaft, welche Versicherungen auf Gegenstände der Gärtnerei, auf Fensterscheiben und Feldfrüchte aller Art übernimmt, ist mir eine Agentur übertragen worden; ich empfehle mich daher zur Annahme von Versicherungen und bin gern erbötig, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen.

Statuten und die nöthigen Versicherungs-Formulare werden unentgeltlich ausgegeben.

Löbejün, im Monat Mai 1849.

Meyer,  
Agent der Germania.

## Erklärung.

Dgleich der deutsche Verein keineswegs in allen Punkten sich zu der politischen Ansicht des vormaligen Deputirten Hrn. Jacob bekennt, so hält er es doch, bei den Angriffen gegen denselben in der „Neuen Hallischen Zeitung“, für Ehrensache der Stadt Halle, seine Entrüstung über ein so unwürdiges Benehmen gegen einen Mann, der seine ganze Achtung verdient, offen auszusprechen.

Halle, d. 18. Mai 1849.

Der deutsche Verein.

## Constitutioneller Verein des Saalkreises.

Mittwoch, den 23. Mai, Nachmittags 2 Uhr Sitzung in Beidersee. Die Wahl eines Viceordners und zweier Schriftführer für die Sitzungen in Cönnern. Die deutsche Frage.

Ich empfang eine bedeutende Sendung vorzüglich schönen **Hamburger Caviar** und empfehle selben à **Pfd. 20 Sgr., bei 10 Pfd. billiger.**

C. Kramm.

## Bekanntmachung.

Vom heutigen Tage ab sind auf der neu angelegten Kohlen-Formerei auf den vereinigten Gruben „Auguste Friederike“ und „Gottes Gabe“ beste Braunkohlensteine von 81 Cubikzoll Grösse, 1000 Stück zu zwei Thaler, zu haben.

Schleittau, den 20. Mai 1849.

C. W. Beez.

### Funkens Garten.

Montag den 21. d. Concert.  
Anfang 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Stadt Musikchor.

### Paradiesgarten.

Dienstag den 22. d. Concert.  
Anfang 6 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
Stadt Musikchor.

Ein sehr gut erhaltenes **Pianoforte** von **Mahagoni**, in Tafelform mit englischem Mechanismus, steht zu verkaufen; zahlungsfähige Kauflustige können sich melden beim Kaufmann F. W. Norkel, Schmeerstraße Nr. 470, welcher Auskunft hierüber ertheilt.

Halle, den 18. Mai 1849.

Das Bitterfeld'sche Derig'sche Personenzuhwerk befindet sich nicht mehr im Gasthof zum schwarzen Bär, sondern im **blauen Secht**.

Den zweiten Pfingstfeiertag ladet zum Gesellschafts-Ball ergebenst ein  
Friedrich Kopp  
in Zwchau.

**Stachelbeertorte**,  
von heute an täglich frisch, empfiehlt **Louis Feldmann**.

**Filz- und Seiden-Hüte** neuester Façon empfiehlt in reichhaltiger Auswahl  
Chr. Voigt.

**Weisse und graue Sommer-Hüte**, sowohl weich als halbgesteift, empfiehlt  
Chr. Voigt.

## Handschuhe

in **Glacé**,  
**Waschleder**,  
**Wirm** und  
**Seide** empfiehlt billigt  
Chr. Voigt.

**Saure Gurken**, fest und von vorzüglichem Geschmack; empfehle ich sowohl in Gebinden, als auch im Einzelnen zur geneigten Abnahme.

Robert Lehmann.

## Auction.

Morgen Vormittag 8 $\frac{1}{2}$  Uhr u. Nachmitt. 2 Uhr im Auktionslokale gr. Ulrichsstraße Nr. 20 Fortsetzung der gr. Auction von feinem Porzellan. **Brandt**.

In allen Buchhandlungen ist zu haben: **Bad Lauchstädt** sonst und jetzt. Nebst kurzen Nachrichten über die dafelbst neueröffnete Privat-Heilanstalt für Hautkrankheiten von Dr. F. F. Krieg. Mit 4 Ansichten. 8. geh. Preis 12 $\frac{1}{2}$  Sgr. Verlag von C. G. Arde in Merseburg.

Eine gesunde Amme, am liebsten vom Lande, wird gesucht Ober-Leipziger Straße Nr. 1631.

Es ist mir ein großer Hund von aschgrauer Farbe zugelassen, welcher gegen Erstattung der Futterkosten und Insektionsgebühren bei mir abzuholen ist.

Carl Trautmann,  
Schuhmacher in Fienstedt.

**Thüringer Bahnhof.**  
Heute, Sonntag, Garten-Concert. Anfang 3 1/2 Uhr. Familie Drechsler.

**Erfurt's Garten.**  
Montag Nachmittag Concert. Anfang 4 Uhr. Familie Drechsler.

## Aufforderung und Bekanntmachung.

In Betreff der bei Schkeuditz zu begründenden

### Dampf-Mahl-, Fournir- und Brettschneide-Anstalt

wird hierdurch öffentlich bekannt gemacht, da von Seiten der königl. preuß. Regierung zu Merseburg, der Einleitung zur Anlage dieser benannten Anstalt, unter Hinweisung auf die Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, ein Bedenken nicht entgegen steht, daß alle diejenigen **Handwerker, Künstler, Fabrikanten** und wer sonst sich zu betheiligen geneigt ist, das **Zeichnen der Actien** bei den unten genannten Handlungshäusern bewirken können. Bei dem Zeichnen der Actien muß der Betrag der ersten Subscriptions-Zahlung von 15  $\frac{1}{2}$  pro Actie erlegt werden, wogegen für jede gezeichnete Actie, eine Interims-Actie, auf welcher diese 15  $\frac{1}{2}$  quittirt sind, ausgehändigt wird.

Die Herren **A. W. Barnitson & Sohn** haben das **Haupt-Kassen-Geschäft** gefälligst übernommen und sind von denselben alle anderweitigen Handlungshäuser beauftragt worden.

Man hat sich daher zu wenden:

in Halle an die Herren **A. W. Barnitson & Sohn**,  
in Leipzig an den Herrn **Ferdinand Thilo**,  
in Merseburg an die Herren **Gebr. Nulandt**,  
in Raumburg an die Herren **Geisler & Comp.**,  
in Wittenberg an die Herren **Gebr. Giese**,  
in Magdeburg an den Herrn **Aug. Kühne jun.**

Die in zwischen liegenden Ortschaften sich befindenden Theilnehmer wollen sich gefälligst, womöglich unter sich gemeinschaftlich, an Eins des ihnen am nächsten liegenden angegebenen Handlungshauses wenden; Briefe und Gelber aber franco ein-senden.

Gleichzeitig wird hiermit die

### Erste General-Versammlung

der Gesellschaft für Begründung der erwähnten Anstalt ausgeschrieben und zum **6. Juni 1849 früh 10 Uhr**

anberaumt, und haben sich die resp. Actionaire zu diesem Zwecke in der **Bahnhofs-Restoration** zu Schkeuditz zu rechter Zeit einzufinden. Eine besondere vorherige Anmeldung ist bei dieser ersten General-Versammlung nicht erforderlich und wird daher nur auf §. 22 der provisorischen Statuten verwiesen, dessen zufolge aber jeder Actionair sich am Eingange des Saales durch Vorzeigen einer oder mehrerer Interims-Actien zu legitimiren und eine Eintritts-Karte in Empfang zu nehmen hat, auf welcher die Anzahl der vorgezeigten Interims-Actien und die dadurch begründete Stimmenzahl vermerkt ist.

Die Tagesordnung wird sein:

- 1) Kurzer Geschäftsbericht über das ganze Unternehmen bis dato.
- 2) Abschluß eines förmlichen Gesellschafts-Vertrags.
- 3) Vorlage und Feststellung der Statuten.
- 4) Wahl des Directoriums und des Ausschusses.

Schkeuditz, d. 1. Mai 1849.

### Comité

der zu begründenden

**Dampf-Mahl-, Fournir- u. Br. ttschneide-Anstalt**  
zu Schkeuditz.

Ein junges Mädchen, in weiblichen und wirthschaftlichen Arbeiten erfahren, sucht in einer anständigen Familie ein Unterkommen. Alles Nähere erfährt man im Gasthof zur Weintraube auf dem Neumarkt.

Sehr starken geräucherten Rheinlachs, geräuch. Lachsheringe, rhein. Neunaugen, Sardellen, sehr schöne mar. Heringe und sehr fetten Schweizerkäse empfiehlt  
**Louis Böttger in Wettin.**

Gebauer'sche Buchdruckerei.

Wohnung an einzelne Herren ist von jetzt an zu vermieten. Auch sind daselbst Fässer, Kisten, so wie Beutel von verschiedener Größe zu verkaufen. Gr. Steinstraße Nr. 130. Wwe. Scheibner.

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, findet als De-konomie-Lehrling gegen Kost und Lehrgeld auf dem Rittergute St. Ulrich bei Mücheln sogleich eine Stelle.

Nr. 441 ist eine Parterre-Wohnung, bestehend aus einer großen tapezirten Stube, 2 geräumigen Kammern, bequem eingerichteter Küche u. sogleich oder zu Johanni zu vermieten.

Graupen sind zu verkaufen und zu vertauschen bei  
**F. Gärtner jun.,**  
Müller in Krißschina.

Einige Landwirthschafterinnen, eine Laden-Demoiselle, mehrere erfahrene Köchinnen, Hausmädchen und andere Mädchen können geehrten Herrschaften sofort und zum 1. Juli nachgewiesen werden durch Frau Fleckinger, gr. Klausstr. Nr. 895.

**Fr. Lange, geprüfter und selbst an Drüchen** leidender Bandagist, gr. Ulrichstr. Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Ein zuverlässiger Commis, der gewandter Detailist sein muß und zum 1. Juli oder auch sogleich eintreten kann, wird für ein lebhaftes Material-Geschäft in einer kleinen Stadt gesucht. Frankirte mit S. M. bezeichnete Anträge besorgt die Expedition des Couriers.

### Frischer Kalk

Donnerstag den 24. Mai bei Trübe.

### Tivoli-Theater.

Sonntag den 20. Mai: Zum Erstenmale: **Großjährig**, Original-Lustspiel in in 2 Acten von Bauernfeld. Hierauf: **Familienzwist und Frieden**, Lustspiel in 1 Akt von G. zu Putlik.

### Familien-Nachrichten.

#### Verbindungs-Anzeige.

Als Neuvermählte empfehlen sich allen hiesigen Freunden und Bekannten bei ihrer Abreise nach Grefeld

**Dr. Ernst Heilmann**, prakt. Arzt,  
Anna Heilmann geb. Graefe,  
Halle a/S., am 15. Mai 1849.